Montag, den 19. April 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 90

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5352.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Löbe über unsere nächsten Forderungen.

Seine gestrige Rede auf der Sozialdemokratischen Bezirkskonferenz in Breslau.

Auf der gestrigen Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens hielt — nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden Gen. Mache, der auf die schwere Wirtschaftslage und die den Reichs- und preußischen Durchschnitt weit übersteigende, auch im Frühjahr nicht merklich gemilderte Arbeitslosigkeit im Bezirk hinwies, — das politische Hauptreferat

Reichstagspräsident Gen. **Paul Löbe.**

Auch er ging von der Wirtschaftskrise aus und erörterte dann die schwebenden politischen Fragen. Das

Resultat des Volksbegehrens

habe auch die Erwartungen der Optimisten und schon jetzt den sichtbaren Teilerfolg gebracht, daß auch die Mittelparteien für eine vorher noch ganz aussichtslos gewesene Aenderung der bisherigen Rechtslage einträten. **Es gelte jetzt, diese Teilerfolge zu sichern und von da aus den Feldzug für das weitergehende Ziel der Enteignung zu Ende zu führen.** Auf jeden Fall habe schon die bisherige Kampagne eine Steigerung der antimonarchistischen Gesinnung im Volke gebracht und einen Teil der bürgerlichen Wähler mißtrauisch gegen ihre eigenen Parteien gemacht. Am Mittwoch hofft der Reichstagspräsident die Vorlage des neuen Regierungsentwurfs an den Reichstag vorzufinden, die er sich sonst zur Beschleunigung der Entscheidung einfordern werde. Für **Ende Juni** sei dann etwa nach Erledigung der parlamentarischen Beratungen der **Volksentscheid** zu erwarten. Daß wir noch Reserven für diese geheime Abstimmung gegenüber dem öffentlichen Volksbegehren haben, sei gerade in Mittelschlesien leicht festzustellen, wo z. B. in einem einzigen Landkreise von 74 Gutsbezirken in 41 nicht eine einzige Stimme für die Fürstenenteignung eingetragen war und dasselbe doch auch für ganze Gemeinden festgestellt werden mußte, wo offenbar die Oeffentlichkeit des Verfahrens abschreckte.

Die Methode des Volksbegehrens werde jetzt auch für 2 Aufwertungsentwürfe angewandt werden, den Bestschen Plan einer 50prozentigen Aufwertung aller Hypotheken und die Forderung des Sparerbundes nach 100prozentiger Aufwertung. Die Reichsregierung werde durch diese Anträge recht nervös, und es sei in ihren Kreisen sogar bereits der Gedanke einer Einschränkung der Zuständigkeit von Volksentscheiden durch Verfassungsänderung erwogen worden. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie im Reichstag sei bekanntlich nicht so weitgehend gewesen wie die jetzigen Aufwertungsforderungen, sondern habe bei damals besserer Finanzlage nur 40prozentige Aufwertung gefordert.

Welche Anstrengungen uns jetzt für den Volksentscheid über die Fürstenenteignung bevorständen, dürften wir uns nicht verhehlen, da die Gegner Stimmenthaltung empfehlen würden, um die erforderliche Anzahl von rund zwanzig Millionen Abstimmungsteilnehmern nicht zustandebringen zu lassen, würden auf ihrer Seite alle Kranken, Verreisten, alle Faulen und Gleichgültigen, mitkämpfen. Bei den beiden Wahlgängen der Reichspräsidentenwahl betrug das Heer der Nichtwähler noch 8 Millionen und 5 Millionen!

Der Redner ging dann zur

Außenpolitik

über und faßte noch einmal das Ergebnis der Genfer Völkerbundstagung zusammen. Wir Sozialisten hätten uns nie darüber getäuscht, daß der Völkerbund heute eine Organisation kapitalistischer Staaten sei. **Solange aber unsere eigene Kraft zur Kriegsverhinderung noch nicht ausreiche, dürften wir keine Tendenz und Organisation unbenutzt lassen, die irgendwie dem Frieden dienen könne.** Mißbrauch des Völkerbundes für einen antirussischen Krieg befürchten ernstlich die Moskauer Machthaber wohl selbst nicht. An einem solchen Kriege würden wegen seiner Unpopularität auf dem europäischen Festland außer Polen wohl alle Staaten zerbrechen. Wir deutschen Sozialdemokraten wünschen den Eintritt in den Völkerbund nicht zuletzt, weil wir darin eine Sicherung für die Abrüstung auch unseres eigenen Landes sehen. Deutschland sei aber auch daran interessiert, daß nicht in der übrigen Welt neue Brände entständen, von denen unser Volk letzten Endes immer nur Schaden haben könne. Luther und Stresemann hielten trotz innerlichen Gefühlsbedenkens aus Einsicht in die Lage des Reiches am Völkerbundseintritt fest. Gen. Löbe berichtete in diesem Zusammenhang über eine vertrauliche Aussprache mit dem französischen Genossen Boncour, die u. a. der Frage der Verteilung der Ratssitze galt. Unserer Meinung nach **darf die Frage eines Ratssitzes für Polen von der deutschen Außenpolitik nicht als Prestigefrage** behandelt werden, wenn wir auch keine Vermehrung der Ratssitze in dem Maß wünschen, daß der Völkerbundsrat schließlich zu wirksamer Tätigkeit zu groß wird.

Die Stützung der Regierung in der Völkerbundspolitik habe auch in der

inneren Politik

Rückwirkungen gehabt, und zwar beim Kampf um die **Herabsetzung der Steuern**, der ebenso heftig war wie der frühere um ihre Erhöhung. Die Sozialdemokratie habe vor allem auf **Herabsetzung der Lohnsteuer** gewirkt und erreicht, daß der Betrag von 100 Mark monatlich für den ledigen Arbeiter, von 140 Mark für den Familienvater mit 2 Kindern steuerfrei bleibt, außerdem im laufenden Jahr nach einer Berechnung unseres Genossen Dr. Hertz 5 Millionen Anträge auf Zurückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer gemäß unseren Forderungen erledigt werden und die Rückzahlung von etwa 50 Millionen Goldmark erbringen, wobei allerdings infolge von Einführung von Pauschalierung die später angestellten Anträge am besten wegkommen. Statt der Herabsetzung der Umsatzsteuer wünschten die Rechtsparteien Herabsetzung der Besitzsteuern und der Hauszinssteuer — aber nicht zugunsten der Mieter —, außerdem Berücksichtigung der Winzer. Die Sozialdemokratie erreichte, daß die Mittelparteien unseren Forderungen entgegenkamen und die Erwerbslosenunterstützung verbesserten, daß außerdem die schon am 1. Juli dieses Jahres drohende Mietpreiserhöhung über den Friedensstand hinaus zunächst bis zum 1. April nächsten Jahres verschoben wurde, daß ferner die Vermögenssteuern nur bedingt und nur für die kleinen Vermögen unter 30 000 Mark herabgesetzt wurden, daß schließlich die Salzsteuer aufgehoben und die Aufhebung der Zuckersteuer noch für dieses Jahr zugesichert wurde, deren Erträge aus dem reformierten Branntweinmonopol ersetzt werden soll. Dafür stimmten wir der Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 Prozent auf ¾ Prozent und der Aufhebung der für die Qualitätsarbeit bestimmter Arbeitergruppen drückenden sogenannten Luxussteuer zu und gaben auch unsere Stimme für die Herabsetzung der Gesellschaftssteuer, die Nichterhöhung der Biersteuer und die für die Winzer geforderte Aufhebung der Weinsteuer, verhinderten die Aufhebung der Sektsteuer. In allen diesen Fragen war die Haltung unserer Fraktion besonders einheitlich.

Wie weit durch die Steuerherabsetzung **die Wirtschaftskrise** gemildert werden kann, erscheint allerdings zweifelhaft. Ihre Ursachen liegen zum wesentlichen Teil auf ganz anderen Gebieten und wirken sich international aus. Es handelt sich **nicht**, wie manche Kommunisten meinen, um **die Untergangskrise des Kapitalismus**, da z. B. das hochkapitalistische Amerika unberührt bleibt. Das sehen auch **die leitenden** Leute der russischen Politik ein, die sich um langfristige Handelsverträge mit den kapitalistischen Ländern, England, Amerika usw., bemühen. **Es handelt sich auch nicht um eine Wirkung des Dawesgutachtens.** Sicherlich **verschärfen** die Kriegstribute unsere Wirtschaftsnot, **aber die Dawesregelung hat diese Tribute** ja nur begrenzt und uns vor der weiteren gewaltsamen Erhebung viel größerer Leistungen bewahrt. Es handele sich um eine Krise aus der **Umschichtung der Weltwirtschaft.** Der Redner zeichnete diese Umschichtung infolge des Krieges, die aus früheren Einfuhrländern für Industriewaren jetzt starke Ausfuhrkonkurrenten auf dem Weltmarkt gemacht haben und gab auch ein Bild von der Umschichtung in der deutschen Binnenwirtschaft, in der Krieg und Inflation außer ihrer Bevölkerungsumschichtung die Industrie zu falscher Aufblähung gebracht hätten. Trotz der Ablieferung von tausenden von Lokomotiven und Eisenbahnwagen an die Reparationsgläubiger habe jetzt die Reichsbahn 4000 Lokomotiven und 80 000 Wagen, die überhaupt nicht verwandt würden. Trotz der Versenkung von Millionen Tonnen Schiffsraum lägen jetzt überflüssige Schiffe in allen Häfen, so daß die Amerikaner kürzlich für 25 Millionen Dollar älterer Schiffe einfach verbrannt hätten. Trotz des Verlustes und der Abschnürung Ostoberschlesiens wüßten die deutschen Kohlengruben ihre Produkte nicht los zu werden usw. Mit schuld sei die falsche Einstellung der Schwerindustrie gegenüber dem Inlandsmarkt, die sich durch die **Preistreiberei der Konzerne und die Hochschutzzölle** in der Drosselung der Kaufkraft auswirke. Die Leidtragenden dieser Politik, die den Abschluß von Handelsverträgen erschwere, seien die verarbeitenden Industrien für Textilien, Schuhe, Hüte und viele anderen Gegenstände, die auf diese Weise weder im Inland noch infolge der hohen Produktionskosten im Export abgesetzt werden könnten, wodurch dann auch wieder Fabrikbau und zahlreiche andere Gewerbezweige in Mitleidenschaft gerieten.

In knappen Sätzen faßte Genosse Löbe schließlich

die dringendsten Aufgaben

der deutschen Politik zusammen. Die **Durchführung des Volksentscheides** stände an erster Stelle. Im engen Zusammenhang mit dieser durch die deutsche Justiz aufgeworfenen Frage stände die gründliche **Umgestaltung der Rechtspflege**, die sich heute immer mehr zu einer Provokation gegen Republik und Volksmehrheit auswachse. Die **Unabsetzbarkeit der Richter** werde angesichts zahlreicher unerhörter Urteile der letzten Zeit **bald durch einen Volkssturm von ungeahnter Stärke bedroht** werden. (Stürmische Zustimmung). **Der Politik des Zollkrieges mit Polen müsse ein Ende** gesetzt werden, zumal dabei ersichtlich auch von Berlin aus wieder Prestigefragen ins Spiel gebracht worden wären. (Beifall). Das Washingtoner Arbeitszeit-Abkommen wäre endlich zu ratifizieren. Starke Initiative täte in der **Siedlungsfrage** not. (Sehr richtig). In der **preußischen Verwaltungsreform** aber solle Severing bahnbrechend im Reiche vorangehen, das einen Zustand mit 60 Ministern, 1200 Abgeordneten und dem Nebeneinander zahlreicher Reichs- und Landesbürokraten nicht ertrage. Dabei dürften wir auch örtlich nicht engherzig sein und unsere Genossen aus dem Breslauer Landkreise dürften die Uebertragung der Politik des einstigen königlichen Landrat von Michelhaus in der Eingemeindungsfrage auf die Gegenwart nicht unterstützen. (Heitere Zustimmung). Ueber der Ausgestaltung der Demokratie aber würden wir das weitergesteckte Ziel des Sozialismus nicht vergessen. (Langanhaltender Beifall).

*

In der Aussprache, über die wir ausführlicher noch morgen berichten, wurde von drei Rednern aus Breslau und dem Bergarbeiterkreis Neurode die Forderung nach Beendigung des Zollkrieges unterstützt, ferner die Aufforderung Löbes an Severing zu radikaler Verwaltungsreform lebhaft unterstrichen und im Gegensatz zu der bedauerlichen Stellungnahme der Regierungspräsidenten gestellt. Nach einem Schlußwort des Referenten folgte dann der Bericht des Genossen Mache über Organisation und Agitation, an den sich der Vortrag des Genossen Kohler-Dittersbach über Kommunalfragen schloß, über die wir morgen berichten.

Stresemann über seine Verhandlungen mit Tschitscherin.

Stuttgart 18. April. (Eigener Funkbericht.)

Der Reichsaußenminister weilte am Sonntag aus Anlaß der Jahrestagung der Deutschen Volkspartei Württemberg in Stuttgart. Er benutzte das erstemal nach seiner Rückkehr von seinem Osterurlaub aus Locarno diese Gelegenheit, um sich über die deutsch-russischen Verhandlungen zu äußern. In ihren wichtigsten Stellen besagt die Rede folgendes: „Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind. Der Vorwurf, daß die deutsche Regierung über diese Vertragsverhandlungen die ausländische Presse zuerst informiert hätte, ist vollständig abwegig. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht erfolgt, wohl aber eine Information der Mächte, die mit uns den Rheinpakt geschlossen haben. (Aber nicht der deutschen Parteiführer! Red.) Wer die Vertragsverhandlungen mit Rußland als eine Abkehr von der Locarnopolitik ansieht, verkennt den Grundgedanken dieser Politik.

Der Reichsaußenminister fuhr fort: „Die Verträge von Locarno hatten keinen aggressiven Charakter gegen irgend eine Macht. Wenn die russische Psychologie lange darauf eingestellt war, in den Verträgen von Locarno eine Art Kreuzzug gegen Rußland zu sehen, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Auffassung bei den Aussprachen in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist, wie von unserer Seite. Wenn Deutschland mit Rußland Vertragsverhandlungen führt und wenn beide Mächte darauf hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen und im übrigen in wirtschaftlichen, freundschaftlichen und beiderseits vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Rußland zugrunde gelegt haben. Es kann für uns nicht entscheidend sein, welche innerpolitische Auffassung in Rußland besteht."

Der Reichsaußenminister betonte einleitend in seiner Rede unter anderem noch folgendes: „Ich lege größeres Gewicht auf die Betonung der Tatsache, daß nach Auffassung der am Rheinpakt beteiligten Mächte die Lage Deutschlands so aufzufassen ist, als ob Deutschland dem Völkerbund bereits angehören würde. Ich lege hierauf deshalb größtes Gewicht, weil mir in einem Telegramm Briands die Reduktion der Besatzungstruppen fest zugesagt worden ist, für den Zeitpunkt, in dem Deutschland in den Völkerbund eintritt. Ohne unsere Schuld ist dieser Zeitpunkt hinausgeschoben worden und deshalb darf das Wort Briands von der bereits erfolgten moralischen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund keine Phrase sein."

Austritt der Sozialisten aus der polnischen Koalition.

Aus Warschau meldet heut das WTB.: **Die Versuche innerhalb der Regierungskoalition, zu einer Einigung zu kommen, sind mißglückt. Heute abend fanden im Landtagsgebäude in der Wohnung des Sejmmarschalls Rataj bei Anwesenheit des Ministerpräsidenten, Grafen Skrzynski, Beratungen der Vertreter der Koalitionsparteien statt, die durch die Vorlage eines neugefaßten Programms durch den nationaldemokratischen Finanzminister Zdziechowski eröffnet wurden. Der sozialdemokratische Einspruch gegen die Pläne Zdziechowskis die von Nationaldemokraten, Christlichdemokraten und Piasten unterstützt wurden, ließ sich jedoch nicht überwinden. Nach längerer fruchtloser Debatte erklärte der sozialistische Abgeordnete Daszynski, daß die Sozialdemokratische Partei aus der Koalition austrete. Als Beweggrund für diesen Beschluß bezeichnete er nicht nur die Pläne Zdziechowskis, sondern auch die unbefriedigende Minderheitspolitik der Regierung und ihre Haltung in der Frage der Rückkehr des Marschalls Pilsudski zum aktiven Heeresdienst. Mit dieser sozialdemokratischen Erklärung, die den tatsächlichen Ausbruch der Krisis bedeutet, wurden die Beratungen geschlossen.**

Morgen tagt der Ministerrat, um zur neuen Lage Stellung zu nehmen. In politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß in dieser Sitzung der Beschluß Gesamtdemission des Kabinetts fallen werde.

Die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge

Der vom Reichswirtschaftsrat eingesetzte Unterausschuß für die Arbeitslosenversicherung hat, dem „Vorwärts" zufolge, gestern einen Antrag angenommen, der die Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung und die Einführung von fünf Lohnklassen fordert. Die Zugehörigkeit zu der einzelnen Lohnklasse soll auf Grund des zuletzt bezogenen Arbeitsentgeltes errechnet werden. Die Unterstützung berechnet sich nach dem in Frage kommenden Einheitslohn und zwar für die Klassen 1—3 auf 50 Prozent des Einheitslohnes, dazu kommen für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen je 5 Prozent des Einheitslohnes bis zum Höchstbetrage von 65 Prozent.

Der „Evangelische Bund" tritt mit einer Erklärung vor die Oeffentlichkeit, in der er sich für die Fürsten einsetzt und den Volksentscheid als einen Raub bezeichnet. [illegible] der christlichen Ethiker für die räuberischen Ansprüche der Fürsten kann nur der Kirche schaden.

Luther, Külz und Reinhold in München.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) In den Mittelpunkt des Besuchs des Reichskanzlers und der Minister Külz und Reinhold stand die am Sonnabend nachmittag zwischen 5 und 8 Uhr im Ministerium des Aeußeren mit den Mitgliedern der bayrischen Regierung gepflogene Aussprache. Die Basis dieser politischen Verhandlungen, die als streng vertraulich erklärt wurden, bildete die der Reichsregierung schon seit längerer Zeit ausgehändigte zweite bayrische Denkschrift. Die Denkschrift, die auf den Ministerpräsidenten Held zurückgeht, gliedert sich in drei Teile. Sie enthält eine Darlegung über die Verluste Bayerns an eigenstaatlichen Rechten, dann eine Darstellung über das, was dem Staat Bayern an solchen Rechten zurzeit noch verbleibt und bringt zum Schluß die Forderungen und Wünsche, die im Interesse der Reichseinheit (!) von Bayern und auch von den anderen deutschen Ländern zur Wiederherstellung ihrer staatlichen Selbständigkeit erhoben werden. Das Wesentlichste dieses dritten Teiles ist die Forderung nach Wiederherstellung der finanziellen Selbständigkeit der Länder.

Ueber die in dieser Richtung mit dem Reichskanzler und den Reichsministern gepflogenen Verhandlungen wird von Amts wegen folgende lakonische Auskunft erteilt: „In der Aussprache wurden wichtige politische Tagesfragen erörtert. Dabei wurden insbesondere auch die Probleme, die sich aus dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen dem Reiche und den einzelnen Staaten ergeben, nach der grundsätzlichen Seite hin eingehend besprochen. Die Erörterung praktischer Einzelfragen wird sich später anschließen."

Am Abend fand bei dem Ministerpräsidenten Held zu Ehren der Berliner Gäste ein Empfang statt, auf dem die üblichen Reden nicht fehlten. Held führte aus: Wir legen das größte Gewicht darauf, so wahr wir auch alle deutsch fühlen und im Deutschen Reiche gemeinsam zusammenarbeiten wollen, daß als Bayern im Deutschen Reiche auch anerkannt zu werden und uns auf einer Reihe von Gebieten des Staatslebens, insbesondere aber des Kulturlebens, unsere Eigenart auch im großen deutschen Vaterlande zu wahren.

Dann sprach der Reichskanzler: „So sehr aus unserem Gedankenschatze, ja aus unserem Sprachschatze das Wort „Mainlinie" verschwinden muß, so wenig können wir und wollen wir, meines Erachtens, an der Tatsache vorübergehen, daß vielleicht im Zusammenhang mit dem großen Bergriegel, der Deutschland durchzieht, sich ganz bestimmte Eigentümlichkeiten des Volkslebens im Süden entwickelt haben. Nur die vollste Ausnutzung der inneren Kräfte kann uns wieder zur außenpolitischen Geltung verhelfen. Wir wissen, daß die Länder als Träger der deutschen Volkskultur ganz besonders große und einschneidende Leistungen aufzuweisen haben. Wir wissen, daß wir auf dieser Bahn weiter schreiten müssen, denn der Organismus der Kultur wächst aus seinen eigenen Voraussetzungen heraus, und so stehe ich nicht an, als deutscher Reichskanzler auszusprechen, daß das Schwergewicht der kulturellen Entwicklung, da, wo es bisher war, bleiben muß und bleiben soll, bei den Ländern, daß aber alles kulturelle Streben dem einen Ziel dienstbar gemacht werden muß, daß wir alle Kräfte zusammenfassen, unter Ausnutzung jeder lebendigen Möglichkeit, um ein starkes, in sich geschlossenes deutsches Volk und Deutsches Reich darzustellen, das sich behaupten kann in der Welt, und das die Bahn findet, um aus den jetzigen Zuständen wieder emporzuwachsen zu jener Freiheit, zu jener Macht, auf die wir ein natürliches Anrecht haben."

Aus dem Reiche.

In dem Fememordprozeß wegen Ermordung des Schützen Pannier hatte, wie erinnerlich, das Gericht die Hauptleute Gutknecht und v. Senden freigesprochen. Jetzt hat, wie wir hören, die Staatsanwaltschaft ihre gegen das freisprechende Urteil eingelegte Berufung zurückgezogen. Das Gericht hat außerdem beiden für unschuldig verbüßte Untersuchungshaft eine Entschädigung zugebilligt. — Wer wundert sich da?

Der König von Schweden bei Hindenburg. Der erste Monarchenbesuch in Deutschland seit Kriegsende hat sich in sehr stiller Form abgespielt. Auf der Heimreise nach Stockholm besuchte der König von Schweden den Reichspräsidenten.

Die Zuständigkeit in Fragen des Republikschutzgesetzes. Bei der Beratung des Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes zum Schutz der Republik im Rechtspflegeausschuß des Reichstages ist, so führt der preußische Justizminister in einer allgemeinen Verfügung aus, von fast allen Seiten zum Ausdruck gebracht worden, daß die Vergehen gegen § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik (Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform usw.), die in Zukunft zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehören, mit Rücksicht auf die Bedeutung der Straftat keinesfalls vor den Einzelrichter gebracht werden, aber auch von den Schöffengerichten stets unter Zuziehung eines zweiten Berufsrichters abgeurteilt werden sollten. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht der Preußische Justizminister daher im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz die Staatsanwaltschaften, bei der Stellung ihrer Anträge dieser Anregung entsprechend zu verfahren.

Die Berliner städtische Radiosteuer abgelehnt. Die Berliner Steuerdeputation hat Freitag die geplante städtische Steuer auf die Benutzung von Rundfunkgerät abgelehnt.

Deutschland in der Welt voran.

Der Ruhm der Hungerkünstler hat unseren Reichsernährungsminister Dr. Haslinde nicht ruhen lassen. Unlängst soll er eigenhändig den Glaskasten bestiegen haben, um einen neuen Rekord aufzustellen.

Reichskonferenz der Arbeiter-Jugend

Hildesheim, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Am 17. und 18. April fand in dem malerischen Hildesheim die Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands statt. Es waren 68 Delegierte, 15 Hauptvorstandsmitglieder, 30 Reichsausschußmitglieder sowie zahlreiche Gäste aus dem Reich erschienen. Mehrere internationale Bruderverbände hatten Vertreter entsandt, unter anderem die Genossen Voogd und Voorink aus Holland, Kanitz und Heinz-Oesterreich, Paul-Tschecho-Slowakei. Auch die Regierung in Hildesheim, der Sozialdemokratische Parteivorstand, der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitersportbewegung, der ADGB. und einzelne Gewerkschaften, sowie der Ausschuß der Deutschen Jugendverbände und der Deutsche Jugend-Herbergsverband waren vertreten. Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden, Genossen Westphal, sprach Genosse Hermann Müller namens des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion.

In einer Ansprache begrüßte Genosse Voogd-Holland die Konferenz im Namen der Jugend-Internationale. Nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden eine Geldsammlung für den italienischen Bruderverband vorgenommen. Für den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes waren zwei Redner vorgesehen. Der Bericht lag den Vertretern vor and erstreckte sich über zwei Geschäftsjahre. Als erster Redner nahm das Wort Genosse Albrecht. Er behandelte die organisatorische Gestaltung des Verbandes in den beiden Jahren 1924/25. Genosse Gollenhauer sprach über die erzieherische und sozialpolitische Arbeit. Die Aussprache war sehr rege und beschäftigte sich mit der Heraufsetzung der Altersgrenze von 18 auf 20 Jahre, mit einer neuen Beitragsregelung und mit allgemeinen Organisationsfragen. Im Anschluß daran sprach der Parteivorsitzende Genosse Hermann Müller-Franken über das Thema: „Der Kampf um den Sozialismus in Deutschland und die Jugend". Am Sonnabend abend fanden sich die Delegierten bei einer Begrüßungsfeier der Hildesheimer Jugend zusammen.

Unerhörter Strafantrag gegen den sozialdemokratischen Staatsanwalt.

Chemnitz, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Asmus-Prozeß setzte am Sonnabend vormittag Oberstaatsanwalt Dr. Weber sein Plädoyer fort und brachte es auf eine Redezeit von 7 Stunden. Es sei zu untersuchen, ob sich der Angeklagte „mit dem Mob der Straße eins" gefühlt habe. Nach sechsstündiger Rede kam er zur Besprechung der eigentlichen sieben Anklagepunkte. Er beantragte für jeden der sieben Fälle eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis, zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis. Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder einer Zuchthausstrafe hat der Oberstaatsanwalt Abstand zu nehmen; jedoch beantragte er, dem Angeklagten die Befähigung zu öffentlichen Aemtern auf die Dauer von drei Jahren abzusprechen.

In der Nachmittagssitzung ergriff Genosse Dr. Levi das Wort zu einer vierstündigen Verteidigungsrede. Er wies darauf hin, daß der Reinwaschungsversuch der Anklagebehörde nicht geglückt sei. Ihre Absicht sei gewesen, Dr. Asmus von seinem Posten verschwinden zu lassen. Da das nicht ohne weiteres zu erreichen war, mußte dieses Verfahren eingeleitet werden. Dem Generalstaatsanwalt wies der Verteidiger nicht weniger als sieben große Entstellungen nach. Der Generalstaatsanwalt hatte sich am Sonnabend abend genötigt gesehen, den mehrfach gebrauchten Ausdruck von den „Kreaturen Zeigners" zurückzunehmen; gnädig gab er zu, daß Zeigner eine ganze Reihe höchst ehrenwerter Personen in höhere Stellungen gebracht habe. Levi schloß seine Ausführungen: „Dr. Asmus war kein Mann, der den Mantel nach dem Winde getragen hat. Damit war sein Schicksal besiegelt, und wäre es auch gewesen, wenn er in den 7 Anklagefällen anders gehandelt hätte. Asmus hat in einer schweren Zeit seine Arbeit getan. Seine Hände sind rein. Ich erwarte die Freisprechung, und nicht nur das. Es kommt auch auf die Begründung an. Geben Sie dem Freispruch die ehrenvolle Begründung, die er verdient. Hier handelt es sich darum, einem Mann, der seit Jahren verfolgt wurde, seine Ehre wiederzugeben." Die Verhandlung wurde darauf auf Montag vertagt.

Italienisch-englisches Kolonialabkommen.

Paris, 18. April. (Eig. Drahtb.) Der „Temps", das Blatt der gemäßigten französischen Nationalisten, schreibt am Sonntag zu der Landung italienischer Truppen im Somaliland, das beunruhigende Moment sei das Zusammentreffen der Reise Mussolinis nach Tripolis mit der Veröffentlichung eines englisch-italienischen Abkommens in der englischen Presse, welches die wirtschaftlichen Rechte der beiden Länder in Abessinien genauer bestimme. Es handle sich offenbar darum, die Einflußsphäre der beiden Länder abzugrenzen, aber man habe weder in London noch Rom das Recht zu vergessen, daß im Jahre 1916 ein Vertrag zwischen London, Paris und Rom abgeschlossen sei, der die Interessen einer jeder der drei Mächte in Abessinien abgrenze. Auch dürfe man nicht vergessen, daß Abessinien Mitglied des Völkerbundes sei und es als solches jederzeit das Genfer Institut um Hilfe und Schutz ersuchen könne, falls man versuche, direkt oder indirekt seine politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit anzutasten. Was die Landung der italienischen Truppen in Somali betreffe, so zeuge sie von dem Willen der italienischen Regierung, koloniale Expansion zu betreiben. Immerhin sei diese Expansion, wie die Ausführungen der „Tribuna" zeigten, rein wirtschaftlicher Natur. Es handle sich nach dem Blatt darum, eine breite Basis für die wirtschaftliche Ausdehnung Italiens in den Gebieten Afrikas, die sich bereits im Besitz Italiens befinden, zu schaffen.

Das Blatt schließt seine Ausführungen mit der Behauptung, daß in dem gegenwärtigen Stadium der Dinge das koloniale Expansionsprogramm Italiens niemanden zu beunruhigen brauche, man aber trotzdem die Entwickelung dieses Programms genau verfolgen müsse. Der Widerstand, so heißt es, der sich in Rom gegen die Zustimmung je eines Kolonialmandats an Deutschland geltend mache, sei nur dazu geeignet, die Gemeinsamkeit der französischen und italienischen Interessen zu verstärken. Die italienischen Interessen widersetzten sich logischerweise den deutschen Kolonialinteressen ebenso wie sie den deutschen Interessen in Zentraleuropa widersprächen. Diese Tatsache stände in klarem Gegensatz zu der in gewissen deutschen Kreisen genährten Hoffnung, eine engere Verbindung zwischen Italien und Deutschland gegen Frankreich herbeizuführen.

* * *

Die italienisch-englischen Vereinbarungen über Abessinien sind, nach den Londoner „Times", rein „wirtschaftlicher Natur". Italien erkennt Großbritannien das ausschließliche Recht auf den Tzana-See zu, während sich England bereit erklärt, sich keinem italienischen Plan bezüglich der Entwicklung der Eisenbahnen im Hinterland von Erythräa oder dem italienischen Somali-Land, der Abessinien berühren könnte, zu widersetzen.

Die französische Regierung hat inzwischen von dem Text des Vertrages auf Protest in Rom und London bereits Kenntnis erhalten. Eine offizielle Aeußerung von ihrer Seite steht noch aus. Es scheint aber nach den Erklärungen der französischen Presse, daß Briand den Abschluß des italienischen Vertrages nicht zum Gegenstand einer diplomatischen Aktion zu machen beabsichtigt.

Die Grenzbahnverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, die am vergangenen Montag in Dresden begonnen hatten, sind bis auf weiteres vertagt worden, da die deutsche Regierung von den tschechischen Unterhändlern konkrete Vorschläge über die Neuregelung der Grenzbahnen bei Eger und Reichenberg fordert. Die Tschechen haben zugesagt, solche Vorschläge zu machen. Wie wir erfahren, ist vor Mitte des Sommers kaum mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungn zu rechnen.

Der Bürge.

Roman von Th. H. Hall Caine.

30]

„Wer ist es? Kennst du ihn?" fragte Jason.

„Nein", antwortete sie. „Chalse", rief sie, „Chalse!" Doch der Alte hörte nicht. Sie lief ihm nach und Jason, der hinter ihnen ging, verstand nicht, was sie zusammen sprachen. Wieder an Jasons Seite sagte sie: „Ein Mann, auf den niemand viel hält, eine arme Seele".

„Was ist er?"

„Ein Schmuggler, sagen die Leute, vielleicht noch Schlimmeres. Seine Frau ist schon seit vielen Jahren tot. Seitdem hat er allein gelebt, von den meisten, auch von seinem eigenen Sohne, gemieden. Es war sein Sohn, der heute Nacht nach Island wegfuhr."

„Island? sagtest du Island?"

„Ja, Island, deine Heimat, nicht wahr? — Doch war er seit seiner Kindheit nicht mehr mit seinem Vater zusammen, sondern wurde von meinem eigenen lieben Vater erzogen. Er war es, dessen Aehnlichkeit mit dir mir auffiel."

Jason stand still.

„Wie heißt er?"

„Der Sohn? Michael."

„Michael? Wie noch?"

„Michael Sunlocks."

Jason tat einen langen Atemzug und ging weiter. Bald standen sie vor der kleinen Hütte [illegible].

Chalse war vor ihnen dort angekommen und stand unter der halboffenen Tür.

„Pst!" flüsterte er, „er nimmt zusehends ab. Wenn die Flut zurückgeht, wird es mit ihm aus sein."

Sie schlichen auf den Fußspitzen hinein. Dort bot sich ihnen ein schauriger Anblick dar. Die Hütte war gedrängt voll Menschen, wie vor neunzehn Jahren, als [illegible] Kitty Hochzeit hielt. Auf dem Tisch, der Bank, dem dreibeinigen Stuhl, dem Kamin sahen sie dicht aneinander gedrängt. Das Gesicht [illegible] aus ihren Augen. Sie sprachen leise, mit den Händen vor dem Mund. Auf dem Bett lag der Kranke und warf sich im Fieber umher. Die [illegible] an seinem Kopfe mit einem Tuch umbunden. Aus seinen Lippen war das Blut gewichen, seine Wangen waren weiß und das Haar feucht von Schweiß, der in großen Tropfen über sein Gesicht rann. Zu seinen Füßen stand Nancy Crowe mit einem mit Branntwein gefüllten hölzernen Becher, und am Kopfende kniete Kane Wade, der Methodist, der laut betete:

„O Gott, mache sein Herz bußfertig und errette seine Seele! Die Hölle hat Gewalt über ihn erlangt. Horch, wie der Teufel ihn zerreißt! Er ist gleich dem Manne [illegible], dem unsauberen Geiste, der seine Behausung zwischen den Gräbern hatte. Der Teufel ist in ihn gefahren. Aber hebe dich hinweg, Satan! Gott sei Dank, wir können mit dir ringen im Gebete. Stoße uns nur an, Satan! Wir erheben uns nicht von unseren Knien, bis Gott uns den Sieg über dich gegeben hat, damit unser Bruder nicht in deinen Klauen in die Hölle fahre und unsere Seelen an seinem Tode mitschuldig erfunden werden."

In diesem Tone betete er, laut schreiend und am lautesten, wenn der Fieberwahn des Kranken am stärksten, bis ihm aus Erschöpfung die Stimme versagte und er nur heiser flüstern konnte.

Jason stand in der Mitte des Zimmers und schaute auf die vielen Leute um ihn herum, während Greeba ruhig diese aus der Hütte hinauszuschieben suchte; denn die Luft qualmte und dampfte. Dann hob sie den armen, ruhelos sich wendenden Kopf vom harten Kissen auf, bettete ihn auf ihren eigenen weichen Arm und legte die kühlende Hand auf die klopfende Schläfe und netzte die Lippen mit dem Branntwein aus Nancy Crowes Becher. Sie schien in dem Augenblick, während sie diese zarten Frauendienste leistete, ihre Sorglosigkeit, ihren Mutwillen, ihre unbändige Lebenslust ganz abgelegt zu haben.

Sogleich ließ auch das Delirium nach. Der gequälte Kopf lag still, die trüben Augen öffneten sich, und der Sterbende versuchte zu sprechen. Aber ehe er ein Wort hervorgebracht hatte, wurde diese Aenderung von Kane Wade bemerkt und er schrie: „Gott sei Dank! Er hat Friede gefunden. Dem Herrn sei Dank, der uns den Sieg gegeben hat! Satan ist von ihm gewichen. Für den schwärzesten aller Sünder gibt es Gnade." Bei diesem wilden Schrei stimmte der alte Chalse plötzlich im schrillsten Ton, der je aus menschlicher Kehle gedrungen, ein Triumphlied an, das laut tat, daß Gott der Herr König ist über Tod und Teufel. Vers um Vers sang er. Bei jedem neuen beschleunigte er den Takt, die anderen stimmten mit ein und gaben sich alle Mühe, Schritt mit ihm zu halten. Greeba suchte vergeblich, den Leuten Einhalt zu tun und Jason schaute verwundert auf das sonderbare Schauspiel. Endlich war der verrückte Lobgesang zu Ende, der Kranke ließ seine matten Augen über die Anwesenden gleiten und fragte: „Ist er gekommen?"

„Er ist hier", flüsterte Greeba und winkte Jason.

Der Junge trat ans Bett und stand dort Stephen Orry zum erstenmal gegenüber.

Sagte ihm da wohl eine Stimme ins Ohr: „Jason, Jason, das ist der, den zu erschlagen du übers Meer gekommen bist. Er hat nach dir geschickt, dich zu segnen. Seine Zeit ist abgelaufen."

„Laßt uns allein," stammelte Stephen Orry. Und Greeba wollte, nachdem sie noch das Kissen geschüttelt und des Kranken Kopf darauf gebettet, sich zurückziehen. Da flüsterte er: „Du nicht", und hielt sie zurück.

Die andern schrieen noch alle auf ihn ein, doch ja nicht mit Irdischem sich aufzuhalten, denn seine Seele sei auf der Wanderung durch das dunkle Tal.

„Bekehre dich!" schrie Kane Wade. „Laß dich erlösen", der alte Chalse. „Alles Fleisch ist wie Gras!" rief Matt Mylchreest. Und zuletzt alle miteinander in furchtbarem Ton: „Betet ohne Unterlaß!" und anderes mehr.

„Ich kann nicht beten", murmelte der Kranke.

„Dann wollen wir es für dich tun" brüllte Kane Wade.

„Ja, beten, bitte, beten", murmelte Stephen — doch es nützt nichts — zu spät — zu spät!"

„Jetzt ist der richtige Augenblick da", brüllte Kane „Der Herr vermag den schlimmsten aller Sünder zu retten!"

„Habt Erbarmen und laßt mich jetzt allein."

Doch Kane Wade fing an, die Geschichte seiner eigenen Bekehrung zu erzählen. — Es sei an einem Sonnabend abend in der Zeit des Makrelenfangs gewesen, unten in Kinsale. Die Ueberzeugung hätte sich ihm aufgedrängt, daß wenn er die Gewißheit der Vergebung nicht vor Mitternacht erlange, er in alle Ewigkeit verdammt sei. Als es anhob, Mitternacht zu schlagen, seien ihm die Haare zu Berge gestanden, aber ehe die Uhr ausgeschlagen, sei der Heiland sein geworden und er erlöst.

„Wie könnt ihr einen Sterbenden so quälen?" murmelte Stephen Orry.

„Rufe den Herrn an, Freund!" schrie Kane Wade. „Sprich: Herr ich glaube, hilf du meinem Unglauben!"

(Fortsetzung folgt.)

Das Vordringen der neuen Bourgeoisie in Rußland.

Von Th. Dan.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und dem Privatkapital haben eine lange Geschichte hinter sich. Schon im Frühjahr 1918 unternahm Lenin einige Versuche, das vorhandene Privatkapital in den Dienst der kommunistischen Diktatur zu stellen. Diese Versuche blieben in Anbetracht ihrer offensichtlichen Sinnlosigkeit ergebnislos, und die im Sommer 1918 vorgenommene generelle Nationalisierung der Industrie und des Handels versetzte dem alten Kapital den Todesstoß. Soweit es ihm nicht gelang, rechtzeitig nach dem Auslande zu flüchten, blieb seinen von der Nationalisierung verschont gebliebenen Ueberresten nichts anderes übrig, als sich in Gold, fremde Währung und Edelsteine zu verwandeln, in Geheimfächern oder in der Erde Unterschlupf zu suchen und geduldig auf bessere Zeiten zu warten.

Diese besseren Zeiten traten im März 1921 nach der Proklamierung des „Nep", d. h. der Neuen Wirtschaftspolitik, ein. Allmählich wagten sich die versteckten Ueberreste des alten Kapitals an das Tageslicht, um im Wirtschaftsleben, insbesondere im Handel, Anlagemöglichkeiten zu suchen. Ihnen schloß sich in zunehmendem Maße das neuentstandene Kapital an, das sich aus den Ersparnissen der Bauernwirtschaft, dem Handelsprofit, allerhand Spekulationen, sowie nicht in geringem Maße aus den Veruntreuungen der verschiedenen Sowjetbürokraten und den „privaten" Unternehmungen ihrer Frauen, Mütter und sonstigen Verwandten jeden Grades, gebildet hatte. Diese Verschmelzung der Ueberreste des alten, vorrevolutionären Kapitals mit dem neuen Sowjetkapital bildet die wirtschaftliche Grundlage der neuen Bourgeoisie in Rußland, die sich von der alten sowohl durch den Umfang und die Methoden ihrer Operationen wie durch ihre soziale Zusammensetzung und ihre ganze psychologische Struktur unterscheidet.

Beurteilt man die russischen Verhältnisse nach den pompösen Berichten der kommunistischen Führer, die sich auf die liebedienerische offizielle Statistik stützen, so gewinnt man den Eindruck, daß die kommunistische Regierung nichts anderes tut, als siegreich auf der Bahn des „sozialistischen Aufbaues" fortzuschreiten und das private Kapital aus der Wirtschaft „hinauszudrängen". Aber jedesmal, wenn die Sowjetregierung einen neuen Feldzug gegen das Privatkapital inszenierte, erwies es sich noch immer, daß die offiziellen Berechnungen falsch gewesen waren, und daß nach der eingetretenen Pleite eine verstärkte Werbeaktion gegenüber dem Privatkapital einsetzte, das zum Wiederaufbau der Wirtschaft herangezogen werden sollte.

Der Umfang des in Rußland vorhandenen Privatkapitals ist aus leicht verständlichen Gründen zurzeit schwer abzuschätzen. Nach den Worten der offiziellen „Handels- und Industriezeitung" schätzen die einen das vorhandene Privatkapital auf mehr als 500 Millionen Rubel; andere, wie beispielsweise das ukrainische Finanzkommissariat, sind der Ansicht, daß man diese Zahl bedeutend erhöhen müsse, da nach seinen Berechnungen in der Ukraine allein mehr als 400 Millionen Rubel im Handel angelegt sind. Diese Zahlen sind an sich nicht groß. Aber als Ergebnis eines fünfjährigen „Kampfes" gegen das Privatkapital ist das Ansteigen von Null auf 500 Millionen ein sehr charakteristisches Symptom, insbesondere wenn berücksichtigt wird, daß es sich hier nur um „sichtbares" Kapital handelt, das im „legalen" Handel angelegt ist. Dieses Anwachsen des Privatkapitals ist jedenfalls ausreichend, um der neuen Bourgeoisie in der jetzigen Zeit des Ueberganges und der tiefreichenden Krise der gesamten Sowjetwirtschaft die Möglichkeit zu geben, die schwierige Lage der Sowjetregierung auszunutzen und eine Offensive zu eröffnen.

In dieser Beziehung ist eine neue interessante Tatsache sehr aufschlußreich. Im Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates, der „Handels- und Industriezeitung" vom 25. Februar, ist eine Umfrage bei den Vertretern des „mehr oder minder bedeutenden Privatkapitals" veröffentlicht. Allerdings werden auf „den dringenden Wunsch der Personen, bei denen die Umfrage vorgenommen wurde", die Namen der befragten Vertreter nicht genannt, sondern nur durch A., B., C. usw. bezeichnet. Auch die Antworten der Befragten sind aus denselben Gründen sehr vorsichtig gehalten. Und dennoch sind sie alle von dem Gedanken an die Vorbereitung einer Offensive erfüllt; aus allen Antworten ergibt sich, daß das Kapital nicht mehr seine jetzige Aschenbrödelrolle dulden, nicht mehr bloß Objekt des obrigkeitlichen Druckes sein will, sondern die „Zulassung in die Industrie" fordert. Es tritt auch nicht mit leeren Händen auf den Plan, es vermag schon bestimmte Drohungen zu formulieren. Es droht vor allem, daß es sich wieder in Gold und fremde Währung verwandeln und in Geheimfächern verstecken würde; es droht mit ungeheueren Spekulationen beim Wechseldiskont, bei dem „½ vom Hundert pro Tag als normale Erscheinung gilt"; es droht, daß es Mittel und Wege finden werde, um nach dem Auslande auszuwandern. Unter den obwaltenden Umständen bedeutet das alles nicht nur eine heftige Verstärkung der Handels- und Industriekrise, sondern auch eine direkte Bedrohung der Stabilität des Tscherwonez.

Aber indem die neue russische Bourgeoisie die neue Konjunktur ausnutzt, die die Frage der Heranziehung ihrer Kapitalien für die Zwecke der Industrie zu einer Lebensfrage für sie macht, stellt sie eine weitere Drohung auf: Das Kapital, erklärt sie, werde nach dem Auslande auswandern, aber nur, um in „maskierter Form" nach der Sowjetunion zurückzukehren, in der Form des ausländischen Kapitals, das Konzessionen und Vorrechte genießt, und, im Gegensatz zum russischen Kapital, die Möglichkeit hat, offen in die russische Industrie einzudringen.

Die neue russische Bourgeoisie verfolgt weitgesteckte Ziele. Sie träumt von einem „neuen betriebstechnischen Aufbau, der alle Errungenschaften der Technik berücksichtigt", sie träumt von der Möglichkeit, technische Einrichtungen, Rohstoffe usw., aus dem Auslande einzuführen. Und sie ist überzeugt, daß sie auch die nötigen Mittel hierzu finden würde: gebe man den Bolschewisten kein Geld, so werde „der private Unternehmer stets im Auslande Rohstoffe, Maschinen und unbeschränkten Kredit finden"; schon jetzt würden unzählige „Briefe und Anträge aus dem Auslande täglich an Privatpersonen in Sowjetrußland gerichtet".

Es unterliegt in der Tat keinem Zweifel, daß das Eindringen der neuen russischen Bourgeoisie in die Industrie lediglich eine Frage der Zeit ist. Um so aktueller wird zum Standpunkt des Proletariats die Frage, unter welchen politischen Bedingungen dieses Eindringen vor sich gehen wird. Auch unter diesem Gesichtspunkte ist die erwähnte Umfrage bei den Vertretern des russischen Privatkapitals sehr aufschlußreich.

Die anonymen Sachverständigen berühren mit keiner Silbe das Regime der Unfreiheit, unter dem das ganze Land erstickt. Man findet in den Antworten der Befragten auch nicht die geringste Andeutung auf die Notwendigkeit, das bestehende Regime auch nur zu mildern. Aber — so erklärt der Sachverständige C. — man müsse für das Kapital „neue Formen finden"; man müsse — so erklärt er weiter — „einige Schrauben lockern". Mit anderen Worten: möge das politische Regime der Diktatur unangetastet bleiben; aber es sei „zur Heranziehung des Privatkapitals in der Industrie notwendig, daß in den Rechtsverhältnissen eine größere Klarheit herrsche".

Rechte für das Kapital — unter diesen Bedingungen ist die neue Bourgeoisie, mindestens zu Beginn, bereit, sich mit dem politischen Regime der Diktatur auszusöhnen. Mehr noch. Zurzeit bildet dieses Regime für sie noch einige Vorzüge. Denn man braucht nicht alle Schrauben zu lockern, einige könnte man vielmehr noch fester anziehen. „Man braucht nicht Nationalökonomie zu studieren" — schreibt einer der befragten Sachverständigen, B. —, „um sich klar zu machen, daß ohne eine gewisse Höhe der Produktivität der Arbeit weder ein staatlicher noch privater Betrieb zu existieren vermag." Dieser Sachverständige liest mit Vergnügen die offizielle „Handels- und Industriezeitung" und erkennt ihr Bestreben an, „die Faulen und Lässigen" anzutreiben. Und als fähiger Schüler spricht er den Wunsch aus, daß die „Gewerkschaften ihre schroffe Haltung gegenüber den Privatbetrieben milderten" und daß sie auch in den Privatbetrieben jene „energische Kampagne zur Hebung der Arbeitergiebigkeit führten, die sie in den Staatsbetrieben verwirklicht hatten".

Klarer kann man den Wunsch nicht aussprechen, daß die „Schrauben" für die Bourgeoisie gelockert und für das Proletariat fester angezogen würden. Dies ist das Programm des Zusammenschlusses zwischen Privatkapital und bolschewistischer Diktatur, für dessen Propaganda die Spalten des offiziellen Organs des Obersten Volkswirtschaftsrates freigegeben werden und gegen das kein Wort der Erwiderung laut wird. Es kann auch darauf nichts erwidert werden, denn bei der Aufrechterhaltung der Diktatur gibt es keine anderen „neuen Formen" für das unvermeidliche Heranziehen des russischen und des ausländischen Kapitals, als der Zusammenschluß mit der Bourgeoisie durch Gewährung gewisser Rechte an sie und durch Verewigung der Rechtlosigkeit des Proletariats.

Ein neuer Flugzeugtyp, das Sanitätsflugzeug.

Die Dornierwerke in Friedrichshafen haben ein Flugzeug konstruiert, das dem Sanitätswesen dienen soll und das erste derartige Flugzeug ist, das als Wasser- und Landmaschine gleichzeitig benutzt werden kann. Das erste Flugzeug dieses Typs wird in den nächsten Wochen nach Spanien gebracht und dort in den Dienst des Roten Kreuzes gestellt. Das Flugzeug hat außer dem Führerraum Platz für einen Wärtersitz und für vier Leichtverletzte, sowie zur Unterbringung einer stehenden und hängenden Tragbahre. Unsere Bilder zeigen oben: das neue Sanitätsflugzeug der Dornierwerke und unten: ein Blick in das Innere desselben.

Kleine Auslandsnachrichten.

Bei der Ersatzwahl zum französischen Senat in dem Departement Alpes Maritimes für den verstorbenen Senator Amic vom Nationalen Block wurde der Linksrepublikaner Charabot mit 265 Stimmen gegen seinen Gegenkandidaten Arago (166 Stimmen) gewählt.

Ein politischer Mord in Warschau. In Warschau wurde am Sonnabend mittag der ehemalige Generaldirektor der polnischen Postsparkasse Linde von einem Sergeanten vor seinem Hause erschossen. Linde war wegen großer Unterschlagungen von seinem Amt enthoben worden und hatte sich jetzt vor dem Gericht zu verantworten. Der Sergeant gab in seiner Vernehmung an, daß er Linde ermordet habe, weil seine Freisprechung auf Grund nationalistischer Einflüsse zu erwarten gewesen sei. Der Täter ist verhaftet.

Rumänische Angst um Bessarabien. Auf Anordnung des rumänischen Ministers für Bessarabien ist jegliche Propaganda der Oppositionsparteien in Bessarabien verboten worden. Der Vorsitzende der bessarabischen Landesorganisation der Bauernpartei, Halipa, wurde zusammen mit dem ehemaligen Abgeordneten Cazacliu verhaftet und nach Kischinew abtransportiert. In Braila sind mehrere führende Sozialdemokraten unter der Beschuldigung, daß sie Kommunisten wären, von der Sicherheitspolizei (Siguranza) verhaftet worden.

Das neue südslawische Kabinett Uzunowitsch findet in der Oeffentlichkeit eine schlechte Beurteilung. Da eine Spaltung der Bauernpartei nicht zu erwarten ist und die Gegner von Raditsch im Kabinett in ihrer Fraktion wahrscheinlich nicht so großen Anhang finden werden, wie es angenommen wurde, dürfte das Kabinett schon bei der ersten parlamentarischen Abstimmung in der Minderheit bleiben. Es wird deshalb für die allernächste Zeit mit einer Regierungskrise — und zwar der letzten vor der Ausschreibung der Neuwahlen — gerechnet.

Vereinigung des deutschen parlamentarischen Klubs in Südslawien mit der Jowan-Jowanowitsch-Partei. Die Partei Jowan Jowanowitsch, des ehemaligen serbischen Gesandten in Wien, dessen historische Rolle bei Ausbruch des Weltkrieges bekannt ist, hat sich mit der bürgerlichen deutschen Partei in Jugoslawien zu einem parlamentarischen Klub vereinigt. An der Spitze dieses Klubs steht Dr. Jowanowitsch als Präsident und Dr. Stefan Kraft als Vizepräsident. Dem leitenden Ausschuß des Klubs gehören auch die deutschen Abgeordneten Dr. Moser, Dr. Grafal, Dr. Neuner und Senior Schuhmacher an. Die Jowanowitsch-Partei ist eine ausgesprochene Bauernpartei demokratischer Richtung und ihre Vereinigung mit den Deutschen in der Skupschtina ist ein Beweis, daß sich die politische Stellung der Deutschen in Jugoslawien seit dem serbisch-kroatischen Ausgleiche in bedeutendem Maße gebessert hat.

„Helden der Arbeit." Der Rat der russischen Volkskommissare hat das Gesetzprojekt über die sogenannten Helden der Arbeit bestätigt. Bisher handelte es sich dabei nur um einen Ehrentitel für lange im Beruf tätige und besonders tüchtige Fabrikarbeiter. Künftig wird aber mit der Verleihung des Titels auch eine lebenslängliche Pension und eine Reihe von Vorrechten hinsichtlich der Steuerzahlung, der Wohnung, der Schulung der Kinder verbunden sein. Für Titel und Vorrechte eines „Helden der Arbeit" kommen nur Arbeiter in Betracht, die mindestens 35 Jahre als solche tätig sind.

Zahlreiche Gefechte zwischen niederländischen Truppen und aufständischen Eingeborenen auf Sumatra veranlassen „Het Volk", das Zentralorgan der niederländischen Sozialdemokratie, auf den zunehmenden Ernst der Lage in diesem Kolonialgebiet aufmerksam zu machen. Es handle sich nicht mehr um Verzweiflungstaten einzelner, sondern um einen organisierten Kampf der Bevölkerung schlechthin. Das Blatt wendet sich energisch dagegen, daß die amtlichen Stellen die Vorkommnisse im Atjeh-Gebiet systematisch verschleiern. Hier habe schon einmal ein großer Kolonialkrieg getobt, und seit jener Zeit sei der Atjeher der unversöhnlichste Feind der Niederlande. Man habe das Land zwar durch eine Niedermetzelung der Bevölkerung unterworfen, aber der örtliche Widerstand mache sich weiterhin in blutigen Kämpfen bemerkbar. Die Gefahr eines neuen Krieges im Atjeh-Gebiet sei größer denn je.

Aus aller Welt.

Mit fünf Selbstmorden und sieben Selbstmordversuchen

hat der gestrige Sonntag für Berlin einen traurigen und erschütternden Rekord gebracht. Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche hat eine Häufung erfahren, die bei Beginn des Frühlings in jedem Jahr festzustellen ist. Der gestrige Sonntag aber hat diese Selbstmordkurve weit über das Maß der bisherigen Jahre anschwellen lassen — ein Barometer der sozialen Not!

Reinhardt geht nach Hollywood.

Max Reinhardt ist, wie der „Montagmorgen" hört, von der amerikanischen Filmindustrie für Hollywood gewonnen worden. Er wird, wie schon jetzt vertraglich festgelegt wurde, bereits im Herbst nach Amerika gehen.

Auf der Flucht von einem Polizisten erschossen.

In der Nacht zum Sonntag wurden drei junge Leute im kleinen Tiergarten von acht Burschen angefallen und mißhandelt. Die Ueberfallenen meldeten den Vorfall einer Polizeistreife, die die Verfolgung der Täter aufnahm. Als diese der Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht Folge leisteten, gab ein Polizeibeamter einen Schuß ab, durch den ein neunzehnjähriger Arbeiter getötet wurde.

Die Hygieneausstellung in Berlin

ist als Auftakt zur Reichsgesundheitswoche am Sonnabend eröffnet worden. Im oberen Stockwerk des Funkhauses ist die Ausstellung „Gesundheitsfürsorge für unsere Zeit" untergebracht, die den ganzen Komplex der Gesundheitsfürsorgeeinrichtungen nach ihrem neuesten Stand veranschaulicht. In neun Abteilungen gewinnt man ein umfassendes Bild von den Fürsorgemaßnahmen, die Gemeinden, Versicherungen und Krankenkassen dem Staatsbürger angedeihen lassen. Man sieht die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Fürsorgemaßnahmen für Schwerhörige Ertaubte, die Schulzahnklinik, die Einrichtungen für Berufsberatung, die Inneneinrichtung von Tuberkuloseanstalten, die Beratungsstellen für Geschlechtskranke und den Kampf gegen den Alkohol an Hand von Tabellen ud Modellen dargestellt. Die Ausstellung wird bis zum 29. April der Oeffentlichkeit zugänglich sein.

Rettungstat eines Verkehrspolizisten.

In Dahlem bei Berlin wurde Sonntag nachmittag eine achtjährige Schülerin von einem Privatauto angefahren. Der Verkehrsposten, Polizei-Oberwachtmeister Schnel, warf sich im letzten Augenblick dem langsam fahrenden Auto entgegen und hob mit übermenschlicher Kraft das Vorderteil des Autos an. Dadurch wurde das Kind vor größerem Schaden bewahrt. Es trug lediglich Hautabschürfungen davon.

Durch eine Rakete getötet

wurde auf dem Flughafen Tempelhofer Feld (Berlin) ein Arbeiter, der anläßlich der Anwesenheit der mexikanischen Studienkommission einige Raketen abfeuern sollte. Eine der Raketen explodierte vorzeitig und zerriß dem Arbeiter Fritz Kotter die Halsschlagader. Die anwesenden mexikanischen Aerzte bemühten sich sofort um den Verletzten und klammerten die Schlagader ab. Kotter verstarb trotzdem auf dem Transport zum Krankenhaus.

Groß-Mühlenbrand.

Die Dampfmühle in Elmshorn bei Hamburg, eine der größten Dampfmühlen Norddeutschlands, ist durch eine Feuersbrunst vollständig eingeäschert worden. Durch die umherfliegenden Steinbrocken wurden die Dächer der anliegenden Gebäude, auf denen die Feuerwehrleute arbeiteten, so schwer beschädigt, daß sie geräumt werden mußten.

Das Urteil gegen das Wiener Skandalblatt.

Im „Abend"-Prozeß wurde der ehemalige Chefredakteur Alexander Weiß wegen Verbrechens der Erpressung zu sieben Monaten schweren Kerkers, verschärft durch einen Fasttag jedes Vierteljahres und hartes Lager einmal im Monat, verurteilt, der mitangeklagte Inseratenpächter Fuchs zu vier Monaten schweren Kerkers mit den gleichen Verschärfungen. Die Verurteilung erfolgte wegen eines Falles von Erpressung gegen den Großindustriellen Castiglioni. Diesem war, wie in der Begründung ausgeführt wird, das Erscheinen von Artikeln gegen ihn in Aussicht gestellt, aber der Verzicht auf Veröffentlichung bei Bezahlung einer Summe von 50 Millionen Kronen (3000 Mark) zugesagt worden. Castiglioni wollte zunächst nur 10 Millionen Kronen (600 Mark) geben, sah sich dann aber veranlaßt, 40 Millionen Kronen (2400 Mark) zu zahlen. Als erschwerend wurde bei Alexander Weiß angenommen, daß er durch dieses Verhalten die besondere Pflicht eines Journalisten verletzt habe. Beide Angeklagte haben Berufung eingelegt. Weiß und Fuchs wurden einstweilen auf freien Fuß gesetzt.

Der Wechsel der Briefmarken.

Im Jahre 1925 kamen in den Ländern des Weltpostvereins 1830 neue Briefmarken heraus, im Jahre 1924 nur 1730. Von den im Jahre 1925 erschienenen Marken entfielen auf Europa 573, auf Asien 331, auf Afrika 508, auf Amerika 191 und auf Australien 99. Die [illegible] sind der Reihe nach 692, 443, 504, 268 und 73.

Familien-Anzeigen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am Freitag, 16. April, verstarb unser Kollege

Richard Klose

im Alter von 27 Jahren. 2376

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle Herrnprotsch, nach dem Gemeindefriedhof Herrnprotsch.

Am 17. April verstarb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Maschinensteller

Paul Franke

im Alter von 47 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Begräbniskasse Archimedes. 279

Beerdigung Mittwoch, den 21. April, nachm. 4 Uhr von der Kapelle des Nikolai-Friedhofes in Cosel.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden und der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sprechen wir hiermit dem Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Breslau, sowie allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank aus. 277

Marika Riedel und Kinder.

Bekanntmachung.

Pfänder-Versteigerung am Donnerstag, den 22. April, vormittags 9 Uhr:

rote Scheine bis Nr. 67 000
weiße Scheine bis Nr. 7 000.

Verlängerungen werden nur bis zum 19. April angenommen.

Vom 21. April mittags 1 Uhr ab bis zum 23. April mittags 1 Uhr ist das Leihhaus für Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.

Städtisches Leihhaus
11469 Messergasse 9, Ecke Stockgasse.

Frauenhaare!

lange, ausgekämmte, kauft zu **höchsten** Tagespreisen

Annahme täglich von 8—4 Uhr
Mittwoch keine Annahme

Selma Kunath, Frauenhaarhandlung
Breslau, Schillerstraße 21, hpt.

Verkauf

von feinstem 11465

Alten Breslauer

35% per Liter einschließlich Steuer **2.10**
Breslauer Creme 35% . . **2.60**
Weinbrand-Verschnitt 38% . . . . . per Liter **2.80**
Feinste Edelliköre per Liter 3.50 und **3.00**
nur
33 Nikolaistraße 33

Die **„Frauenwelt“** den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Zur

Maifeier 1926

empfehlen
wir allen Maifeier-Komitees
zu billigsten Preisen
folgende

6 Hauptlieder-Texte:

1. Die Internationale
2. Arbeiter-Marseillaise
3. Wir Männer in der Bluse sind's
4. Wer schafft das Gold zu Tage
5. Sozialistenmarsch
6. Ein Sohn des Volkes

Buchdruckerei Volkswacht
Breslau 2, Flurstraße 4-5

Am 15. April verschied nach langem Leiden meine geliebte Frau, Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Frau Anna Schneider

geb. Schenke

zwei Tage vor ihrem 25. Geburtstage.
Dies zeigt schmerzerfüllt an 278

Breslau, den 19. April 1926

Fritz Schneider als Gatte
nebst Kindern, Eltern und Geschwistern.

Einäscherung: Dienstag, den 20. April, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gräbschen.

Stadt-Theater.

Montag, 7½ Uhr: 11461
„Der Karneval in Rom“
Dienstag, 7½ Uhr:
„Die lustigen Weiber von Windsor“
Mittwoch, 7½ Uhr:
„Dibelio“

Lobetheater

Lessingstr. 8, Tel. Rg. 6774.
Montag abends 8 Uhr:
Zum 50. Male:
„Der fröhliche Weinberg“
Dienstag abends 8 Uhr:
„Der fröhliche Weinberg“

Thaliatheater

Schweidnitzerstr. 3, Tel. Rg. 6700
Montag, Dienstag abends 8 Uhr:
„Schluß und Zau“

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 11463
Tel. Stephan 37 460.
Montag, abends 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
„Gräfin Mariza“
Dienstag, Donnerstag abends 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
„Das Spiel um die Liebe“
Mittwoch, Sonntag abends 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
„Der Orlow“
Freitag, abends 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
„Der Vetter aus Dingsda“
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
Letztes Auftreten Lydia Pairy
„Wiener Blut“
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Der Zigeunerbaron“

Gemeinnützige alkoholfreie Gaststätten
Hildebrandstr. 28, Alexanderstr. 5
Große Auswahl in Einzelessen von 60 Pf. bis 1 Mk. Abonnementspreis f. Mittagbrot zu 40 und 60 Pf.
Trinkgeld verboten.
Geöffnet von 8 bis 5½ Uhr.

Mäntel

in großer Auswahl sehr preiswert bei
Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

Inserate erzielen in der „Volkswacht“ den größten Erfolg

Arbeitsmarkt

Zuverlässiger
Sohle- und Absatzleder
gesucht. 1362 5
Bäter, Friedrichstr. 38.

Kleine Anzeigen

sind kompakt gedruckte einsp. Anzeig. v. Vereinen, Konzerten u. dergl. von Privaten. Wert 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

Gut erhalt. groß. Kinderwagen preiswert billig zu verk. Marienstraße 5, I, Eingang 2—4 Uhr. 1367 5

Phot. Becker & Maaß, Berlin. 3671

Maria Orska, die beliebte und bekannte Filmschauspielerin, sandte uns ihr Bild als dankbare Verbraucherin der Zahnpasta Kaliklora, die zu den besten Zahnpflegemitteln gehört, obwohl sie nur 80 Pf. die ganze und 50 Pf. die halbe Tube kostet.

Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918

(Dittmanns Enthüllungen). Ueber 100 Seiten.
Preis 1.50 Mk. **Volkswacht-Buchhandlung.**

Das Köstritzer Schwarzbier habe ich bei meiner Frau während des Stillens angewandt und bin mit demselben sehr zufrieden gewesen. Milch, Tees usw. wurden auf die Dauer nicht vertragen, verdarben den Appetit. Da verfiel ich auf den Gedanken, Köstritzer Schwarzbier zu verwenden, 2 Flaschen täglich. Der Appetit stieg, die Muttermilch war reichlich, das Kind gedieh gut, Befinden der Mutter ausgezeichnet. Dr. K. in H. (2165)

Köstritzer Schwarzbier

das Bier für Sie!

Erhältlich bei Curt Dientzsch, Biergroßhdlg., Breslau 10, Matthiasstraße 67/71 a, Fernspr. Ring 87 und 843, und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

9676

Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für

Mk. **2.10** per Liter einschl. Steuer
den berühmten
Alten Breslauer 35%
Weinbrand-Verschnitt Mk. **2.80**
Echter Weinbrand per Ltr. Mk. **3.50**

Unsere in ganz Deutschland berühmten

Edel-Liköre

Mk. **3.00** und **3.60** alles per Liter einschl. Steuer

Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48, Michaelistraße 3 und Blücher-Platz 20.

Viele wissen nicht, daß im Sommer Seefische

fetter und besser in Qualität sind als im Winter, daß Seefische infolge unserer **neuzeitlichen Einrichtungen** ebenso frisch sind als im Winter, daß Seefische die gesündesten und **leicht verdaulichsten Speisen sind,** daß Seefische mehr Eiweiß als Fleisch haben, daß Seefische dabei **billiger** als alle anderen Nahrungsmittel sind.

Deshalb benützen Sie bitte am **Montag und Dienstag die 2 billigen Tage** in der

„Nordsee“

Geschäftsführer: Feodor Trapp.

Nur Bohrauer Str. 2, a. d. Teichst.-Unterführ.
Nur Schmiedebrücke 19, rechts v. Ring aus.
Nur Neue Schweidnitzer Str. 5a, rechts v. d. Gartenstraße aus.

Fernspr.: St. 31841, 31842, auswärts 31840. Postscheckkonto Bresl. 3484.
Bitte genau auf die Firma zu achten! Es gibt viele ähnlich lautende Firmen!

Blutfrischer fetter **Seelachs** im Schnitt Pfund nur **20** ₰
Blutfrischer fetter **Kabeljau** im Schnitt Pfund nur **23** ₰
Feinste weiße **Kotelett's** ohne Haut, ohne Gräten Pfund nur **50** ₰

Ferner zu **billigsten Preisen,** welche Sie in unseren Fenstern finden!
Rotzunge, Steinbutt, Flußfische, Flußzander, Flußhecht, lebende Schleien, lebende Hechte, lebende Aale usw. usw.

ff. norw. Fettbücklinge, ¼ Pfd **8** ₰
Ger. Schellfisch, ger. Flundern, ger. Seelachs
ff. ger. Spickaale, 100 g-Bund **35** ₰, 200 g-Bund **88** ₰
do starke ¼ Pfd. **110** ₰, kein amerik. gefrorener
und die **ihrer Billigkeit** wegen so beliebten **1 Ltr.-Dosen-Marinaden:**
Bratheringe, Gelseheringe, Bismarckheringe, Rollmops, Kronensardinen die Dose nur **78** ₰

Wiederverkäufer Engrospreise!

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Wichtig! Ausschneiden!

Brautleute, Landleute

wollen sich beim Einkauf von Möbeln jeder Art daran erinnern, daß es einen **Volksspeicher** gibt, wo jeder Selbstverbraucher Gelegenheitskäufe erwerben kann. Zurzeit lagern ganze Ausstattungen und einzelne Stücke bei uns zum Verkauf. Um jedem unsere Gelegenheitskäufe zugänglich zu machen, gewähren wir trotz der bekannten billigen Preise ohne die bekannten hohen Aufschläge Zahlungserleichterung. Meldungen unter **Nr. 2** an den Lagerhalter des Ersten Breslauer Möbelvolksspeicher

R. W. Stache
Berliner Straße 9.

Bitte, genau auf Adresse zu achten, da Nachahmungen.

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Aktenmaterial und die Randbemerkungen des Kaisers
180 Seiten Preis **nur 60** Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

Genossen!

Genossinnen
Eure Familienanzeigen der
Volkswacht!

Sofort Geld!

Leihamt Rother
Albrechtstraße 43, I.

Schnürsenkel, 2—10 Pf., **Lippert,** Heinrichstr. 16. 10751

Bettfedern

Außergew. billiges Angebot. Spezialgeschäft **Herrig,** **Matthiasstr. 100, 1. Etg.** am Matterlooplatz. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet.

Die verleumderischen Aeußerungen wider Herrn Erich Nagel nehme ich als unwahr mit Bedauern zurück. 1369 5

Ernst Kusche,
Schwoitsch.

Wer hat einen Garten?

und möchte diesen nicht recht erfolgreich bearbeiten?

Wir empfehlen dazu:

Franeks Gartenbuch

und sagen, daß es nicht nur für Anfänger im Gartenbau ein vorzüglicher Ratgeber, sondern auch für **jeden Gartenbesitzer** ein **wertvolles Nachschlagebuch** ist, das ihm wertvolle Winke und Anregungen zum erfolgreichen und zufriedenstellenden Ertrag des Gartens gibt. Mit zahlreichen Abbildungen, ca. 500 Seiten Inhalt, dauerhaft in Halbleinen gebunden, **Preis 3,80 Mk.**

An **billigen Ratgebern** für **Gartenbau** und **Kleintierzucht** und deren Verwertung sind zurzeit am Lager:

Bodenbearbeitung (mit 38 Abbildungen). Preis 60 Pf.
Landwirtschaftliche Düngerlehre. Preis 60 Pf.
Lohnender Kartoffelbau (mit 9 Abbildungen). Preis 30 Pf.
Lohnender Futterrübenbau (mit 16 Abbildungen). Preis 30 Pf.
Gemüsesamenbau (mit 3 Abbildungen). Preis 90 Pf.
Feldgemüsebau (mit 24 Abbildungen). Preis 60 Pf.
Gemüseschädlinge (mit 1 Farbtafel u. 32 Abbildungen. Preis 60 Pf.
Unser Gemüsegarten (mit Abbildungen). Preis 30 Pf.
Der Vorgarten (mit 30 Abbildungen). Preis 30 Pf.
Schädlinge des Beerenobstes (mit 1 Farbtafel u. 10 Abbildungen). Preis 60 Pf.
Die Orchideen (mit 23 Abbildungen). Preis 60 Pf.
Vogelschutz und -Hege (mit 14 Abbildungen). Preis 30 Pf.
Leitfaden der Bienenzucht (mit 22 Abbildungen). Preis 60 Pf.
Nutzentenzucht (mit 31 Abbildungen). Preis 60 Pf.
Geflügel- und Kaninchenzucht. Preis 20 Pf.
Ziergeflügel, Haltung und Pflege (mit 19 Abbildungen). Preis 30 Pf.
Die Ziege (Zucht, Haltung, Milch). Preis 30 Pf.
Gesundheitspflege der Kleinhaustiere. Preis 60 Pf.
Das Dörren des Obstes und der Gemüse (mit 25 Abbildungen). Preis 30 Pf.
Kaninchenfleischküche. Preis 60 Pf.
Geflügelküche (mit 12 Abbildungen). Preis 60 Pf.
Fischküche. Preis 60 Pf.
Pilzküche. Preis 30 Pf.
Milchverwertung im Haushalt (mit 26 Abbildungen). Preis 90 Pf.
Marmeladen- und Obstbereitung (mit 16 Abbildungen). Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch:

Volkswacht-Buchhandlung

Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible] — Anzeigenteil: [illegible] — Verantwortlich für die Inserate: [illegible] — Anzeigenpreis: Gitterplatz 8. — Druckerei: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. April.

Die Gratis-Unfallversicherung der Volksfürsorge.

Das Versicherungszeitungsunwesen droht überhand zu nehmen und die Belästigung des Publikums von seiten eines ganzen Heeres von Agenten in dieser Branche wirkt sich langsam zur Landplage aus. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat deshalb jetzt einer Reihe von ihr unterstellten Versicherungsgesellschaften die Genehmigung erteilt, in ihre Versicherungsbedingungen die Bestimmung aufzunehmen, bei Sterbefällen ihrer Versicherten, die durch Unfall veranlaßt sind, die doppelte Versicherungssumme auszuzahlen.

Im allgemeinen werden von dieser Vergünstigung bei den privaten Versicherungsgesellschaften die breiten Massen keinen Vorteil haben, weil ja nur ganz wenige Privatversicherungsgesellschaften noch Volksversicherungen abschließen, die für die breite Masse tragbare Prämienzahlungen bringen. Der großen Masse des werktätigen Volkes kann diese Vergünstigung nur die Volksfürsorge, das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft, übermitteln. Deshalb verdient es Beachtung, was die Volksfürsorge ab 1. November in dieser Beziehung einführt.

Sie verdoppelt ohne besondere Mehrzahlung, ohne Wartezeit, ohne längere Zahlungsdauer die Sterbegeld- und Versicherungssummen bei Auszahlung, durch Unfalltod veranlaßt. Die gezahlte Monatsprämie muß jedoch mindestens 2 Mark betragen, was mit noch nicht 50 Pfennig wöchentlich jedes andere Unternehmen in bezug auf die Leistung aus einer Versicherung weit hinter sich läßt.

Hierzu einige praktische Beispiele: Wenn eine 25jährige Person sich mit 2 Mark Monatszahlung und 20jähriger Dauer in der Sterbegeldversicherung (Tarif 1) versichert, beträgt die Versicherungssumme im Sterbefalle 748 Mark, bei Unfalltod 1496 Mark. Zu beachten ist hierbei, daß die Höchsteinzahlung in 20 Jahren nur 480 Mark beträgt.

Das Beispiel in einer Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall (Tarif 1): Eine 30jährige Person ist mit einer Monatszahlung von 2 Mark auf 30jährige Dauer versichert, hierbei beträgt die Versicherungssumme im Sterbefalle 636 Mark, bei Unfalltod 1272 Mark. Hier ist zu beachten, daß die nicht unbedeutenden Gewinnanteile mit Zinsen dazukommen, die jedes Jahr auf diese Versicherung verteilt werden.

Noch ein Beispiel aus der Groß-Lebensversicherung. Eine Person, die sich im Alter von 30 Jahren auf 30 Jahre versichert, ist bei einer Vierteljahrsprämie von 20 Mark im Todesfalle mit 1098 Mark, bei Unfalltod mit 2196 Mark versichert. Auch hier kommen die Gewinnanteile jedes Jahr dazu, für das Jahr 1924 waren dies 20 Prozent der eingezahlten Prämien.

Das alles bei Unfall ohne Wartezeit, wobei Mindestzahlungen und Mindestsummen zugrunde gelegt worden sind. Bei höheren Zahlungen kommen natürlich auch entsprechend höhere Summen zur Auszahlung.

Es ist im Vergleich zu den Zeitungsunfallversicherungen notwendig, besonders zu betonen, daß jeder Unfalltod auf diese Weise entschädigt wird. Denn wenn sich ein Versicherter, der bis jetzt bei einer Zeitungsversicherung in bezug auf Unfällsterbegeld gut versorgt zu sein glaubte, die Ausnahmebestimmungen bei Unfalltod durchliest, wird er sein blaues Wunder erleben und erkennen, wieviel Unfälle überhaupt noch zur Zahlungsverpflichtung übrig bleiben. Zu Dutzenden zählen die Fälle, wo die Streitigkeiten über die Leistung entstehen eben auf Grund dieser vielfach nicht beachteten Ausnahmebestimmungen, und wo dann nach einem Kuhhandel der Versicherte gewöhnlich nur einen Teil bekommt, wenn er eine Danksagung unterschreibt, daß er eigentlich gar nichts zu bekommen hätte, aber aus Gnade und Barmherzigkeit etwas abbekommt. Und das, nachdem er in gutem Glauben gezahlt und wieder gezahlt.

Diesem für die große Masse unwürdigen Zustande wird durch die Einführung der Gratis-Unfallversicherung bei der Volksfürsorge abgeholfen. Es ist auch nur zu richtig: Schuster bleib bei deinem Leisten. Die Zeitung ist für andere Zwecke da, als mangelnden Inhalt mit einer Versicherungsdecke zu überziehen. Zudem ist bei den unter Aufsicht des Reichsversicherungsamtes stehenden Versicherungen nach Gesetzesvorschrift ein Verfall der gezahlten Prämie nach dreijähriger Zahlung unmöglich. Eine Zeitung kann man 40 Jahre und mehr mithalten und wenn man die Zeitung auch nur einen Monat vor seinem Tode aufgibt, oder eine solche Zeitung schließt aus irgend welchen Gründen ihre Pforten, dann ist all das gezahlte Geld in den Wind geweht. Deshalb versichere sich ein jeder, der im Falle eines Unfalles einwandfrei eine höhere Summe garantiert haben will, nur noch mit mindestens 2 Mark Monatszahlung bei der Volksfürsorge!

Weitere Auskunft wird erteilt im Büro der Volksfürsorge, Breslau, Margaretenstraße 17, in sämtlichen Lägern des Konsumvereins Vorwärts, sowie von den Vertrauensleuten der Volksfürsorge.

Breslau im Flugverkehr.

Am heutigen Montag 7 Uhr vormittags wurde der Luftverkehr in Schlesien auf der Strecke Görlitz—Dresden—Leipzig—Halle eröffnet. Um 8,10 trifft das Flugzeug in Görlitz, eine Stunde später in Dresden, 10,15 in Leipzig und 10,50 in Halle ein. Der Rückflug von Halle erfolgt um 13,10 und endet um 17,10 in Breslau.

Um 7,35 startete ein Flugzeug in nicht unterbrochenem Fluge nach Halle und trifft dort um 10,35 ein. Heut wird der Flug nach Köln noch nicht fortgesetzt. Von morgigen Dienstag ab führt die Linie aber ohne weitere Unterbrechung nach Köln und landet daselbst um 13,50. Der Rückflug von Köln wird um 10 Uhr angetreten und landet um 16,20 in Breslau.

Die Berliner Strecke wird heut Montag nur in der Richtung von Berlin nach Breslau eröffnet und erst morgen beginnt der regelmäßige Pendelverkehr. Die Startzeit für dieses Flugzeug ist 7,40 vormittags, Landung in Berlin erfolgt um 10,10, der Abflug daselbst um 14 Uhr, die Landung in Breslau um 16,30 Uhr.

Die Verbindung nach Gleiwitz wird an diesem Tage durch einen Flug Breslau ab 17 Uhr, Gleiwitz an 18,20 eröffnet. Von morgen ab beginnt die Linie 6 Uhr vormittags in Gleiwitz und landet 7,20 in Breslau.

In Berlin werden folgende Anschlüsse erreicht. 12,10 ab Berlin nach Danzig—Königsberg—Tilsit—Memel, um 15 Uhr nach Lübeck—Kopenhagen—Malmö, um 15,15 nach Hamburg—Kiel—Flensburg, um 14,45 nach Braunschweig—Dortmund—Mühlheim—Essen—München-Gladbach.

In Dresden kann nach einem Aufenthalt von 3 Std. 20 Min. der Flug nach Berlin, nach einem Aufenthalt von 5½ Std. nach Prag und Wien fortgesetzt werden.

Von Leipzig aus kann nach einem Aufenthalt von 3½ Std. Braunschweig—Hannover—Hamburg—Kopenhagen und Bremen erreicht werden.

Von Halle aus ist unmittelbarer Anschluß über Magdeburg nach Hamburg, das Flugzeug landet dort um 13,45; ferner, wie schon erwähnt, nach Köln, woselbst Anschlüsse nach Brüssel—London und Paris sowie über Düsseldorf nach Amsterdam erreicht werden. Ohne längeren Aufenthalt kann von Halle aus Erfurt—Frankfurt—Mannheim—Heidelberg—Karlsruhe—Baden-Baden—Basel—Villingen und Konstanz, über Frankfurt—Mannheim—Stuttgart um 18,50 abends Zürich erreicht werden. Nach fünfstündigem Aufenthalt ist auch eine Verbindung von Halle nach München vorhanden.

Schlesien ist somit ausgezeichnet an das internationale Luftstreckennetz angeschlossen. Innerhalb von nicht mehr als 11 Std. können Personen, Post- und Frachtsendungen Amsterdam, London, Brüssel, Paris, Basel, Zürich erreichen.

Der Flugplan 1926 ist vielfach als unzweckmäßig kritisiert worden, weil entgegen dem Wesen des Luftverkehrs, große Strecken zu überwinden, allzuviele kleine Orte angeflogen werden. Diese Maßnahme ist bewußt erfolgt, da man das Jahr 1926 noch mehr vom Standpunkt der Einführung aus betrachtet als vom reinen Verkehrsstandpunkt. Ein derartiges neues Verkehrsmittel wie das Flugzeug bedarf einer gewissen Zeit, bis sich das Publikum an dieses gewöhnt hat. Von 1927 ab muß damit gerechnet werden, daß Luftverkehr nicht mehr nach den Wünschen einzelner Gegenden und Städte eingerichtet wird, sondern nach den Punkten, von oder nach denen im Jahre 1926 der Verkehr so lebhaft war, daß für die Zukunft eine bescheidene Wirtschaftlichkeit erhofft werden kann. Es muß sich also in diesem Jahre zeigen, ob Schlesien reif für den Luftverkehr ist. Wird diese Frage durch nicht genügende Inanspruchnahme verneint, so müssen wir damit rechnen, daß der Luftverkehr in Zukunft in Schlesien wesentlich eingeschränkt, wenn nicht gar aufgehoben wird.

*

Heute 7 Uhr morgens ist der Luftverkehr in Gandau eröffnet worden. Zur Beglückwünschung der Schlesischen Luftverkehrs-A.G. hatten sich Vertreter der Arbeitsgemeinschaft (Bund deutscher Flieger, Schlesischer Verein für Luftfahrt), ferner Konsul Dr. Breuer vom Auswärtigen Amt eingefunden. Bei herrlichem Sonnenschein zogen die Silbervögel zum ersten Mal auf ihre Reise.

Warum

ist der Woldt, das neue schöne Bücherkreisbuch, erst von der Hälfte der Mitglieder abgeholt worden? Die Leitung der „Volkswacht"-Buchhandlung bittet die andere Hälfte, das Versäumte recht schnell nachzuholen. Wer den Woldt einmal sieht, wird todsicher auch Mitglied des Bücherkreises. In der „Volkswacht"-Buchhandlung, Breslau 3, Neue Graupenstraße 5, wird jedem bereitwilligst Auskunft gegeben.

Heute sind 32 öffentliche Frauenversammlungen!

Keine Hausfrau, kein Jungmädchen darf fehlen!

Jeder aufgeklärte Parteigenosse wird auf die Frau und Töchter einwirken diese Versammlung bestimmt zu besuchen Genosse! Helfe auch Du mit, die proletarische Frau zur Kämpferin zu erziehen!

Bauperiode 1926.

Neben dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bleibt die Fürsorge für Beschaffung gesunden, einigermaßen ausreichenden Wohnraumes, eine der wichtigsten Aufgaben. Die erschreckend große Zahl der Arbeitslosen verlangt nun endlich eine großzügige durchgreifende Aktion von Regierung und Magistrat; denn besser als die immer unzureichende Arbeitslosen-Unterstützung ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit! Gerade weil die Bauindustrie eine Schlüsselindustrie ist, wäre es von Wichtigkeit, sie zu beleben und den damit zusammenhängenden Handwerksbetrieben eine nicht zu unterschätzende Beschäftigung zu schaffen!

Von der letzten versprochenen Wiederankurbelung der Wirtschaft surren uns allen heute noch die Ohren! Die der Bautätigkeit sich am meisten hindernd entgegenstellende Schwierigkeit ist die Geldbeschaffung, die Kreditfrage. Wenn auch die Bereitstellung größerer Kredite in Form von Zwischenkrediten angekündigt worden ist, bleibt der Weg zur Erlangung schwer und dornenvoll. Unbeschreiblich langwierig ist auch die Beschaffung von Hauszinssteuer-Hypotheken, ohne daß der Erfolg abzusehen wäre. Die Erlangung einer Hauszinssteuer-Hypothek ist nämlich an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, deren grundlegendste die ist, daß der dem Bauvorhaben dienende Grund und Boden unverschuldetes Eigentum des Antragstellers ist, sowie der Nachweis einigen Barvermögens. Die zum Bau von Kleinwohnungen verausgabten gering verzinslichen Hauszinssteuer-Hypotheken betragen etwa 50—60 Prozent der Baukosten; offen bleibende etwa 40 Prozent, die der Bauinteressent sich in Form einer ersten Hypothek so rechtzeitig beschaffen muß, daß er in seinem Antrage auf Gewährung einer Hauszinssteuer-Hypothek die finanzielle Sicherung des Bauvorhabens nachweisen kann. Es ist selbstverständlich, daß die Einhaltung der Bedingungen für eine Hauszinssteuer-Hypothek eingehender Prüfung unterzogen wird. Denn es geht nicht an, daß wir die durch die Mietszinssteuer gewährte letzte Möglichkeit für umfassenden Wohnungsneubau durch volksschädliches Bauen vertun lassen!

Der Hypothekenzinsfuß für erste Hypotheken ist trotz der sogenannten leichteren Lage des Geldmarktes immer noch beinahe dreimal so hoch wie im Frieden. Verbunden mit der Steigerung der allgemeinen Lasten und Steuern ist deshalb eine Bautätigkeit auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage außerordentlich schwierig und so gut wie ausgeschlossen, weil die Mieten mehr als das Doppelte der Friedensmiete betragen würden. Derartige Mieten sind aber nicht erschwinglich, da sich leider unsere Verdienstmöglichkeit nicht entsprechend steigert.

Vom „Preisabbau" haben wir viel vernommen, aber nichts davon empfunden! Auch die Kosten der Baumaterialien sind noch sehr hoch. Es würde darin eine wesentliche Verbilligung eintreten können, wenn der Baumaterialienhandel nicht zu übertrieben vorsichtiger Kalkulation veranlaßt wäre. Man legt allgemein lieber große Reserven zurück, um die notwendige Handlungsfreiheit auf alle Fälle zu behalten, weil Kredite heute unter erträglichen Bedingungen nicht zu haben sind!

Nur soweit Bauholz in Betracht kommt, dürfte ein so wesentlicher Preisrückgang zu verzeichnen sein, daß man nicht mehr weit vom Vorkriegspreise entfernt ist. Kantholz kostet zirka 42 Mark, Balken zirka 65 Mark, Schalbretter zirka 36 Mark per Kubimeter frei Breslau. Die Ziegel- und Zementpreise sind von ihren Verbänden und Syndikaten vorgeschrieben und liegen mehr als doppelt so hoch als in der Friedenszeit! Durch die allgemeine teure Lebenshaltung sind naturgemäß höhere Löhne bedingt! So kommt der Bauindex von 1,7 bis 1,8 zustande!

Daher ist es kein Wunder, wenn heute eine neu hergestellte Zweizimmer-Wohnung mit Küche, Kammer und Bad von zusammen höchstens 70 Quadratmeter Wohnfläche etwa 850 bis 1000 Mark Miete im Jahre verursacht, während sie früher etwa 350 bis 400 Mark kostete. Leider können sich doch nur wenige von uns diesen bescheidenen Wohnungsluxus leisten!

Naturgemäß können gemeinnützige Bau- und Siedlungs-Genossenschaften solche Wohnungen billiger, schon zu etwa 500 Mark Jahresmiete, vermieten. Das liegt in der billigeren Beschaffung der ersten Hypothek, die von Landes- und Angestellten-Versicherungen und ähnlichen Instituten zu 8 Prozent gegeben werden.

Die Wohnungsnot wächst, so lange Menschen des Glaubens sind, daß sie in der Großstadt mehr und leichter Geld verdienen, und daß sie da besser leben als auf dem Lande, besonders aber, daß sie hier mehr Freiheit und einen größeren Genuß vom Leben haben. Das weitere Anwachsen der Großstädte hat aber eine starke Einbuße der Volkskraft zur Folge! So lange also der Zustrom nach der Großstadt anhält, geht es nicht anders, als daß so viele Wohnungen wie irgendmöglich gebaut werden. Vor allem aber gute und billige Wohnungen! Dabei ist daran festzuhalten, daß die allgemeinen Verkehrsmittel und hygienischen Bedürfnisse darunter nicht leiden, sondern Schritt halten!

Eine andere Folge der dem Neubau entgegenstehenden Schwierigkeit ist, daß die ältesten Bauten erhalten werden müssen, damit der Mangel an Wohnungen nicht noch vergrößert wird. Häufig sogar gegen den Willen der Eigentümer, die den Abriß beantragen, um von den hohen Kosten, die die Erhaltung solcher unhygienischer, baufälliger Häuser verursacht, befreit zu werden.

Trotzdem hunderttausende von Bauarbeitern arbeitslos sind und aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden, üben Staat und Stadt in der Errichtung von Bauten für öffentliche Zwecke eine außerordentliche Zurückhaltung! Die Bautätigkeit der Industrie ist eine eng umgrenzte und von der privatwirtschaftlichen Bautätigkeit ist ganz zu schweigen. Deshalb dürfte die Hoffnung auf eine lebhaftere Bautätigkeit als im Vorjahre nach Lage der Dinge nicht begründet sein.

Immerhin, der Hauptträger der gemeinnützigen Bautätigkeit dürfte auch heuer die Siedelungs-A.-G. Breslau sein. Voraussichtlich wird sie den Ausbau der Siedelungen in Pöpelwitz und Zimpel fördern und an der Merkelstraße ein neues Kleinwohnungssystem erschließen. Allein von der Siedelungs-A.-G. Breslau dürften etwa 800 Kleinwohnungen jetzt in Angriff genommen werden.

Ueberdies wäre es Pflicht der Behördenstellen, auch für die im freien Berufe stehenden Architekten, Bildhauer, Maler usw. Arbeitsgelegenheit zu schaffen!

Arbeitsmöglichkeit, heißt unser aller Parole, damit die Melodie „Zeit ist Geld!" wieder Sinn bekommt!

Ernst Kleemann, Architekt.

Der Ehrentag des Gewerkschaftshauses

wurde in einer geselligen Feier begangen, die die schönen neuen Räume des 25jährigen Arbeiterheims am Sonnabend fast überfüllt hatte. Der Männerchor des „Volkschores" trug ein Begrüßungslied vor. Dann sprach von einem lebenden Bilde aus Arbeitern aller Berufsverbände in ihrer Berufstracht umgeben, Genosse Löbe Worte der Erinnerung an ein Vierteljahrhundert Kampf und Aufbau und Worte der Mahnung für die Zukunft. Er erinnerte an den traurigen Zustand, in dem die Arbeiterschaft das einst an der Stelle des jetzigen Gewerkschaftshauses stehende Deutsche Theater übergeben erhielt, dessen Uebernahme damals doch wie eine Eroberung erschien, da sie der Bewegung ein erstes festes Heim schuf. Schikanös wurde die Schankkonzession verweigert, wurden die Frauen auf Grund falscher Auslegung des Vereinsgesetzes von der Polizei aus den Versammlungen ausgewiesen. Die Metallarbeiter vom Nikolaitor, die Bauarbeiter von Scheitnig, die Eisenbahner von der Hauptwerkstätte und andere größere Gruppen waren schon vorher zusammengefaßt worden, im neuen Heim konnte man auch schwieriger zu organisierende Arbeiterkategorien sammeln, den Parteiverein zum erstenmal über 1000 Mitglieder hinaus bringen, die ganzen Gewerkschaften mit 8—900 Mitgliedern zusammenführen. Hier wurden die Anfänge unserer Bildungsarbeit aufgebaut und schließlich gelang es, das Haus für 356 000 Mark, die freilich nicht auf einmal bar auf den Tisch gelegt werden konnten, sogar für den eigenen Besitz der Arbeiterschaft zu ersteigern. Damit war auch der Boykott anderer Breslauer Lokale gebrochen, nur die Jahrhunderthalle blieb der Sozialdemokratie verschlossen, da der Oberbürgermeister Bender eine Zusage bei der Bewilligung ihrer Baumittel später nicht verwirklichte.

Im Kriege wehte die Fahne des „Roten Kreuzes" über dem Hause, dann bald darauf die rote Fahne zum Zeichen des Zusammenbruches der alten Mächte und der neuen Verantwortung der dafür nicht vorbereiteten, bisher von aller positiven Arbeit ausgeschlossenen Arbeiterklasse. Für die Demokratie war ein gewaltiger Fortschritt erreicht, für den Sozialismus durch die Wirtschaftszerstörung des Krieges ein fast ebenso großer Rückschlag. Aber wie wir aus dem Dunkel enger Hinterstuben kleiner Gastwirtschaften die Bewegung in dieses große Haus gebracht haben, so werden wir weiterstreben, bis die Arbeiterschaft zu dem Licht emporgestiegen ist, das wir ersehnen.

Lebhafter Beifall folgte der Rede, die auch eine Würdigung der toten Mitarbeiter an der Errichtung des Hauses, Gustav Scholich und Max Wiener, nicht vergessen hatte. Es schlossen sich ausgezeichnete Darbietungen der Arbeiter-Turner und -Sportler und der Arbeiter-Radfahrer an, die jeden der älteren und wohlhabenderen bürgerlichen Vereine ähnlicher Art mit Neid erfüllen konnten. Weitere Gesänge des Volkschores, die das schöne Material seiner Männerstimmen in sorgfältiger Einstudierung zur Geltung brachten, schlossen das reichhaltige Programm ab, während die Versammelten bei Speise und Trank bis zur Polizeistunde festlich vereint blieben.

Vom Lebensmittelmarkt.

Wenn auch einige Artikel etwas billiger wurden, so trat doch im großen ganzen dadurch keine Erleichterung auf dem Lebensmittelmarkte ein, denn andere Artikel wurden teurer, so daß dadurch die kleine Preissenkung völlig wettgemacht wurde. So wurde z. B. Butter etwas billiger, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die sibirische Butter wieder auf dem Markte erschien. Diese Ware wird zum Pfundpreise von 1,80 und 1,90 Mark verkauft. Denselben Preis verlangt man jetzt auch für Landbutter, während schlesische Molkereibutter zu 2,— bis 2,30 Mark abgegeben wird. Einen Pfennig billiger wurden auch die Eier, ihr Stückpreis ist 9 Pf. 10 Stück werden auch für 85 Pf. verkauft. Besonders kleine Eier kann man auch schon mit 8 Pf. das Stück kaufen, während man für

Trinkeier 10 Pf. zahlt. Durch den hohen Milchpreis bedingt werden für das Pfund Weißkäse 25 bis 40 Pf. verlangt. Bienenhonig hat einen Pfundpreis von 1,30 bis 1,60 Mark.

Am stabilsten von allen Preisen sind die Fleischpreise. Sie können sich nur schwer entschließen, von ihrem hohen Stand herunterzugehen. Hier und da findet man wohl einige kleine Preisabschläge, um den Umsatz zu vergrößern, doch im allgemeinen gelten in dieser Woche noch die bisherigen hohen Preise. Man zahlt also für Rindfleisch von 80 Pf. an bis 1,40 Mark für das Pfund. Schweinefleisch kostet je nach der Art des Stückes 1,— bis 1,30 Mark das Pfund. Für Hammelfleisch zahlt man 1,— bis 1,30 Mark. Um eine Kleinigkeit billiger wurde das teure Kalbfleisch, so daß man dieses jetzt wieder von 1,— Mark an das Pfund kaufen kann. Der Preis für das Pfund frischen Speck und Lungenfett beträgt jetzt fast überall 1,10 und 1,15 Mark. Das Gefrierrindfleisch behielten die bekannten festgesetzten Preise.

Wild- und Geflügelhandlungen schafften gewaltige Vorräte von Hühnern heran, die zu einem Pfundpreise von 1,20 Mark aufwärts abgegeben werden. Tauben sind ebenfalls reichlich am Markte zum Stückpreise von 60 bis 90 Pf. Die Zickel fanden wohl zu Ostern nicht den erhofften Umsatz, weshalb dieses Fleisch jetzt noch reichlich zum Verkauf steht. Das Pfund wurde schon für 60 Pf. abgegeben. Auch Rehfleisch ist noch immer zu haben.

In den Fischgeschäften gab es billigen Seelachs, das Pfund zu 21 Pf. und Kabliau im Schnitt, das Pfund zu 24 Pf. Knurrhahn kostet 30 Pf. und Küstenhecht 50 Pf. das Pfund. An Flußfischen waren am billigsten Bleie, die in kleinen Exemplaren schon für 65 bis 90 Pf. das Pfund verkauft wurden. Geschlagene Schleien bot man zu 1,20 Mark an, geschlagene Flußhechte zu 1,10 bis 1,30 Mark. Flußzander hat einen Pfundpreis von 2.— Mark. Lebende Karpfen wurden für 1,50 Mark, lebende Hechte zu 1,55 M., lebende Aale zu 2,60 bis 3,— Mark das Pfund verkauft. An Räucherwaren hat man immer eine große Auswahl. Fettbücklinge werden zum Pfundpreise von 30 Pf. abgegeben, Sprotten kosteten in dieser Woche 60 und 80 Pf. das Pfund und geräucherter Seelachs 60 Pf. das Pfund. Butteraale werden noch immer bündelweise verkauft; recht schmackhaft ist auch der geräucherte Stör-Lachs, von dem das Viertelpfund 40 Pf. kostet.

Ganz vorzüglich ist gegenwärtig der Gemüsemarkt beschickt. Wunderschönes junges Gemüse lockt zum Kaufen, aber die Preise sind noch lange nicht so, daß sich jeder Haushalt diese nahrhaften Erzeugnisse leisten kann. Suppenkräuter und Rapunzel behielten die Preise der Vorwoche, nämlich 15 Pf. für das Viertelpfund Suppenkräuter und 25 und 30 Pf. für das Viertelpfund Rapunzel. Recht groß ist nun schon das Angebot an frischen Oberrüben; die halbe Mandel wird je nach Größe für 60 Pf. bis 1,00 Mark abgegeben. Die Auswahl an Blattsalat ist groß, ein Köpfchen wird für 15 und 20 Pf. verkauft. Wer grüne Gurken essen will, muß für das Stück 50 Pf. bis 1,— Mark bezahlen. Die frischen Morcheln ermäßigten ihren Preis auf 1,60 Mark das Pfund. An Blumenkohl hat man jetzt nicht mehr eine so große Auswahl. Die festen weißen Rosen wurden teurer. Sie fordern jetzt 60 Pf. bis 1,— Mark das Stück. Rhabarber hat jetzt einen Pfundpreis von 25 und 30 Pf. Der Spinat sah recht frisch aus. Er wurde in dieser Woche für 25 und 30 Pf. verkauft. Für ein Bündchen Radieschen zahlt man 20 und 25 Pf. Teurer wurden die Zwiebeln. Für feste Ware zahlt man 20 Pf. für das Pfund, doch gibt es auch schon junge Zwiebeln, die bündchenweise für 10 Pf. abgegeben werden. Kraut- und Wurzelgemüse sind noch immer in recht guter Beschaffenheit am Markt, doch wurden verschiedene Sorten etwas teurer; gute Mohrrüben kosten sogar bis 30 Pf. das Pfund.

Der Obstmarkt hat ein Ueberangebot an Aepfeln und Apfelsinen zu verzeichnen. Auch Bananen kommen in großen Mengen heran. Die wohlschmeckenden frischen Ananas werden zum Pfundpreis von 1,80 bis 2,— Mark verkauft. Erdbeeren zu Liebhaberpreisen und Auslandsspargel erschienen schon in größeren Mengen auf dem Markt.

Neben dem bunten Blumenflor in den Blumengeschäften und Gärtnereien bietet man jetzt die verschiedenen Sorten von Gemüsepflanzen und Blumenstauden zur Bepflanzung von Garten und Balkon an.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch nachmittags von 3 bis 4 Uhr und Sonnabend nachmittags von 3½ bis 4½ Uhr statt. — Eingang Fränckelplatz 3.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

---

* **Silberhochzeit** feierte Genosse Robert Winkler, Bohrauer Straße 81, mit seiner Frau. Beide sind langjährige Parteimitglieder sowie Volkswachtleser. Genosse Winkler ist lange Jahre als Kassierer tätig. Wir wünschen dem Paar recht viel Glück in Zukunft.

* **Für die Erwerbslosen der Freien Gewerkschaften** veranstaltet die Freie Mandolinen- und Gitarren-Vereinigung am Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Mandolinenkonzert, zu dem die Erwerbslosen Programme unentgeltlich in ihren Gewerkschaften erhalten. Sämtliche mitwirkenden Spielgenossen der obengenannten Vereinigung werden hiermit nochmals aufgefordert, pünktlich zu erscheinen.

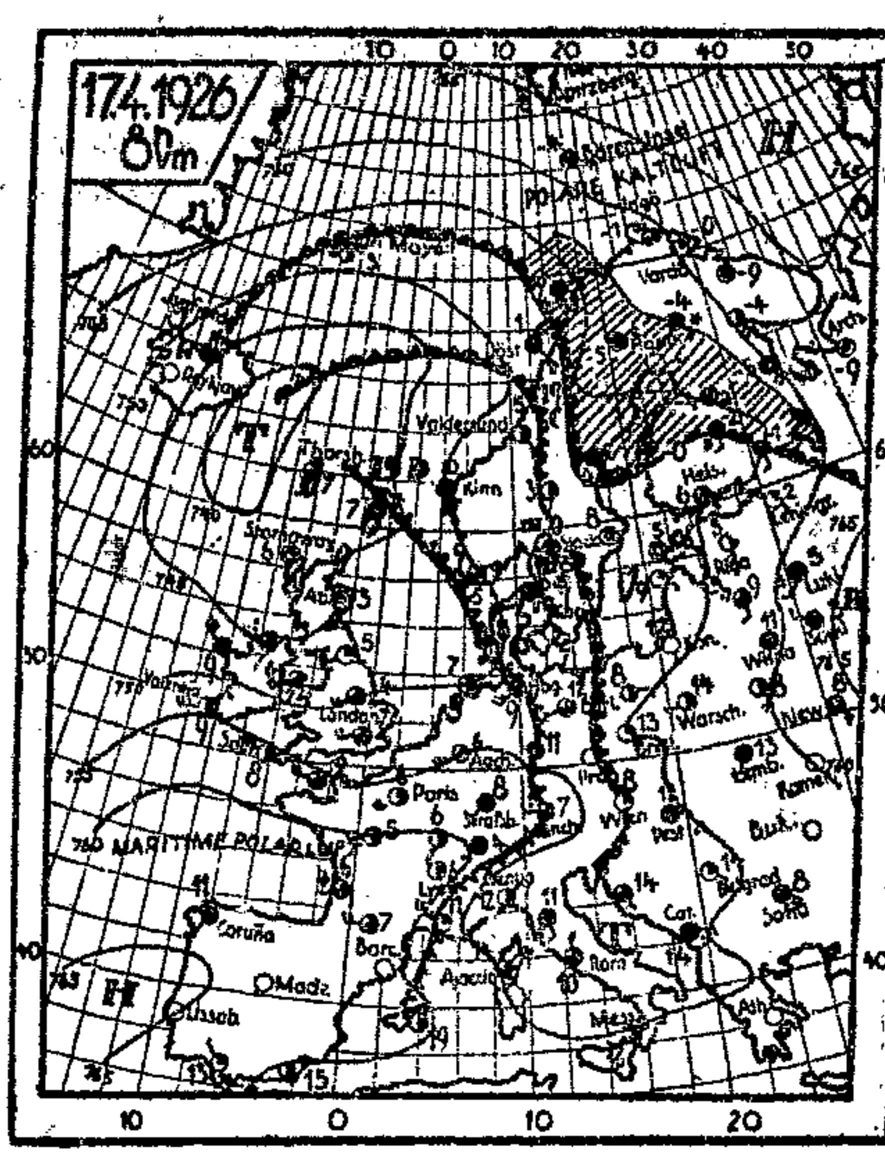
* **Die Trainierschule in Grüneiche.** Der vom Verein für Radrennen in diesem Jahre wieder ins Leben gerufene Trainierkursus für Anfänger und Fortgeschrittene auf der Radrennbahn Grüneiche beginnt heute, Montag, den 19. April, nachmittags 6 Uhr. Die Leitung des Kursus hat in diesem Jahre, wie bereits bekannt, der Sechstagesieger Fritz Knappe übernommen.

* **Der Teetisch der Dame.** Montag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, veranstaltet der Verein für Mutterschutz, um dem Mütterheim Mittel für seine Arbeit zuzuführen, einen Teeabend besonderen Charakters. Der Teeabend wird eine besondere Note dadurch erhalten, daß die Damen, die sich in den Dienst der guten Sache stellen, die Tische in künstlerischer, aber dem eigenen Hausgeschmack entsprechender Weise decken und ausschmücken.

* **Gleisbauten der Straßenbahn.** Der Magistrat beabsichtigt, das Straßenbahnnetz durch Einbau einer doppelten Gleiskurve an der Ecke der Neuen Graupenstraße und des Schweidnitzer Stadtgrabens sowie durch Einbau eines Verbindungsgleises zwischen den Gleisen der städtischen Straßenbahn am Schweidnitzer Stadtgraben und denen am Berliner Platz zu erweitern. Ebenso ist beabsichtigt, das Straßenbahnnetz durch Einbau von doppelten Gleiskurven an der Ecke Tiergarten-, Piasten- und Kaiserstraße sowie durch doppelgleisige Verlängerung der städtischen Straßenbahn von der Tiergartenstraße im Zuge der neuen Kaiserstraße bis zur Fürstenbrücke zu erweitern. Der Polizeipräsident bringt dies zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß der Plan über den Erweiterungsbau vom 19. dieses Monats ab auf die Dauer von vierzehn Tagen im Zimmer 231 des Polizeipräsidiums, Sprudelstraße 6/8, zu jedermanns Einsicht offen ausliegt. Während dieser Zeit kann dort jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen schriftlich abgeben.

* **Verloren.** Ein Portemonnaie mit 12 Mark und einigen Zetteln vom Konsumverein „Vorwärts“ (Lager 17) ist auf dem Wege vom Konsumverein „Vorwärts“, Tauentzienstraße, nach der Augustastraße verloren gegangen. Da die Verliererin dringend auf das Geld angewiesen ist, wird der Finder um Rückgabe im Konsumverein „Vorwärts“, Tauentzienstraße Nr. 127, gebeten.

* **Zwei Bernhardinerhunde gestohlen.** In der Nacht zum 15. April sind aus dem Barmherzigen Brüdergenesungsheim in [illegible] zwei große, [illegible] Bernhardinerhunde gestohlen worden. [illegible] Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer [illegible].



Letzte Wetternachrichten.

Datum: 19. 4. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag	Schneehöhe cm
Krietern	9	10	2	heiter	SO 2	1,2	
Schneekoppe	−3	−1	−4	„	SW 6	2,5	14
Grünberg	9	4		„	SSW 4		
Oberschreiberhau	4	9	−2	klar	O 2		
N.-Schles. Baude	2			„			
Reifträgerbaude	−2	0	−4	„	SW 5		
Reinerz	3	6	0	„	W 2	1	
Landeck	3	8	0	„	S 2	7	
Görlitz	7	12	4	heiter	O 2		
Bad Flinsberg	4	10	2	klar	SSO 5		
Beuthen	4	10	1	halbbedeckt	WNW 3	13,7	
Proskau	5	8	1	kla	SSO 2	7	
Heufuderbaude	−1	8	−2	klar	S 3	2,3	
Kreuzburg	6	11	4	klar	SW 1	8	
Neiße	5	7	0	heiter	SW 2	12	
Gleiwitz	8	13	3	heiter	SW 2	1	
Zobten	8	10	2	klar	SSW 2		

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die Störung 19 D, die Schlesien Sonnabend erreichte, hat besonders im östlichen Teil unserer Provinz zu ergiebigen Regenfällen geführt. Ein Gebiet divergierender Winde, das gestern über Mitteldeutschland lag, hat heute unseren Bezirk erreicht und verursacht das heitere Wetter. Die Besserung wird jedoch nur vorübergehend sein, da bereits eine neue Störung 19 Z, die gestern über Westfrankreich lag, und heute morgen Miteldeutschland erreicht hat, sich unserem Bezirk nähert und ihn im Laufe der kommenden Nacht erreichen wird. Aussichten: Nacht zu Dienstag Regen, Dienstag bei mäßigem westlichen Winde vorwiegend trübes Wetter mit Regenfällen, kühl.

Was in den Parlamenten vorgeht liest Du nur einwandfrei in der

Volkswacht!

Sie ist Dein Kampf- und Klassenorgan, die beste Waffe im proletarischen Befreiungskampfe!

Halte Dein Versprechen und bringe schon morgen einen neuen Leser.

* **Wer ist der Tote?** Am 16. April wurde in der Klosterstraße, in einem Fremdenzimmer einer Gastwirtschaft, ein Mann an Leuchtgasvergiftung tot aufgefunden. Es handelt sich um Selbstmord. Er hatte sich dort im Fremdenbuch als Bürovorsteher Hans Martin Hartwich, geboren 6. April 1901 zu Berlin, eingetragen. Der Verstorbene ist etwa 28—30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, beleibt, bartlos, hat dunkelblondes Haar, hohe etwas zurückweichende Stirn, braune Augen, vollständige Zähne, gepflegte Hände, an beiden Oberschenkeln Operationsnarben und eine lange Narbe an der rechten Unterleibsseite, die vermutlich von einer Blinddarmoperation herrührt. Bekleidet war er mit grauem Hut, grünlichem Mantel, blauem Anzug mit Nadelstreifen, weißem Hemd, Marcountershose, weißem Leinenkragen, buntem Selbstbinder, grauen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen. Er hatte eine tulasilberne Uhr mit Kette, silbernes Zigarettenetui, ein schwarzes Portemonnaie mit 15,20 Reichsmark, 7 Schlüssel (zwei Bunde) und eine schwarze Aktentasche bei sich. Wer über die Persönlichkeit des Toten Angaben machen kann, wird ersucht, dies schriftlich oder mündlich bei der Kriminalpolizei hier, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11, zu tun, wo auch ein Lichtbild zur Ansicht ausliegt.

Wasserstand

18. April.

Ratibor	2,56	Dyhernfurth	1,58
Neiße (Stadt) v. 18. 4.	−0,55	Abflußmenge sekundlich 89 cbm	
Neißemündung (Unter-Pegel)	1,70	Treschen	1,03
Ransern (Unter-Pegel)	2,20	Fürstenberg v. 18. 4.	0,77
Brieg ([illegible])	2,21	Wasserwärme: +11°.	

Geschäftliches.

Für Raucher. Mißfarbene Zähne werden wieder weiß durch regelmäßige Pflege mit der Kalifloro-Zahnpaste, die zu den besten Zahnpflegemitteln gehört, obwohl sie nur 80 Pf. die ganze und 50 Pf. die halbe Tube kostet. Das Bild der beliebten Filmkünstlerin [illegible] bestätigt am besten den Erfolg der Kalifloro-Mundpflege.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, im Restaurant Kluge, Kleine Groschengasse 11,

Frauenversammlung.

Rektor Gabriel wird einen sehr guten Vortrag über „Sozialistische Erziehung“ halten. Gerade diese Fragen sind für Frauen ungemein wichtig. In der Erziehung liegt die Zukunft der Jugend. Daher alles auf zur Versammlung. Keine Frau darf fehlen.

Freitag, den 23. April, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung sämtlicher

Partei-Funktionäre

im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal.

Erscheinen dringend erforderlich.

Distrikt 10. Unsere Frauen nehmen an der Frauen-Versammlung im Lokal Gottschlich, Leuthenstraße 27, teil. Niemand darf fehlen!

Distrikt 31. Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, bei Langner, Funktionär- und Komiteesitzung. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Distrikt 34. Unsere Frauenversammlung findet Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, bei Kluge, Kleine Groschengasse 11, statt. Als Redner ist Rektor Gabriel vorgesehen. Thema lautet: **Sozialistische Erziehung.**

An alle Frauenleiterinnen!

Genossinnen! Von der am 14. Februar stattgefundenen Bezirks-Frauenkonferenz sind photographische Bilder zum Kauf vorhanden. Ein großes Bild, 35×30 Zentimeter, auf Steifkarton, kostet 2 Mark, ein Bild in Postkartenform 40 Pf. Die Ausführung ist sehr gut. Bestellungen unter gleichzeitiger Bezahlung sind im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 38, abzugeben.

Distrikt 7. Die für heute angesetzte Frauenversammlung fällt aus. Sie findet am Mittwoch, den 21. April, statt.

Distrikt 31. Dienstag, abends 8 Uhr bei Langner: Funktionär- und Komitee-Sitzung. Alles hat zu erscheinen.

Erwerbslose Breslau-Stadt. Parteigenossen! Gewerkschaftler! Für Fragen in der Erwerbslosenfürsorge und Wohlfahrtspflege finden Be[...]stunden an jedem Dienstag und Freitag von 9—11 Uhr vormittags im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses statt.

Achtung! Das Material zu den Elternbeiratswahlen ist umgehend vom Sekretariat abzuholen.

Jungsozialisten. Jüngere Gruppe. Heut, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 25: Ernst-Toller-Abend.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z. d. A.-Jugend. Morgen, abends 8 Uhr, treffen wir uns zur Sprechchorprobe im Jugendheim, Matthiaskunst. Donnerstag, den 22. April, abends 8 Uhr, Aussprachabend im Heim, Taschenstraße 29/31.

Jugendfreunde. Nur noch vier Wochen trennen uns von unserem Gaujugendtag in Bunzlau. Eine sehr ansehnliche Zahl können wir schon dafür mustern. Aber nützt die kurze Zeit noch aus und werbt unermüdlich dafür. Die Fahrtkosten staltungen.
betragen nur 4,70 Mark einschließlich Uebernachtung, Frühstück und freier Teilnahme an allen Veranstaltungen. Also sorgt dafür, daß Bunzlau eine machtvolle Kundgebung der freigewerkschaftlichen Angestelltenjugend wird und zeichnet euch recht zahlreich in die in unseren Heimen ausliegenden Teilnehmerlisten ein. Ein jeder werbe nur einen für Bunzlau, dann muß sich die Zahl der Teilnehmer verdoppeln. Frei Heil!

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 1, Ohlauer Tor. An die Eltern! Der Besuch der Kinder ist recht gering. Es muß alles wieder erscheinen, da die Proben für unser Waldfest beginnen. — Dienstag: Zusammenkunft aller Mädels um 5 Uhr in der Ofener Schule. — Donnerstag: Zusammenkunft aller Jungens um 5 Uhr im Heim.

Arbeiterjugend.

A.-J.-Funktionäre. Morgen abend, pünktlich 8 Uhr: Funktionärsitzung. Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. — Die 30 Genossen zu einem kleinen Sprechchor treffen sich heut abend um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Filmschau.

„Falsche Scham“.

Als Auftakt der Reichsgesundheitswoche bringt das hiesige Ufa-Theater den ausgezeichneten Film „Falsche Scham“. Die Kulturabteilung der Universum Film-A.-G. hat, unterstützt von den Fachärzten Dr. Curt Thomalla und Dr. Nicholas Kaufmann bei diesem Film wieder einmal vorzügliche Arbeit geleistet, und der Regie Rudolf Biebrachs ist die Verknüpfung der wissenschaftlichen Tendenz mit einer schlichten, ansprechenden Spielhandlung hervorragend gelungen.

Bei dem Film „Falsche Scham“ handelt es sich um einen Aufklärungsfilm bester Art, nicht um stümperhafte, zum Teil widerliche Machwerke, wie man sie dem Publikum zuweilen vorsetzte. Mit diesem Film wird auch hoffentlich ersprießliche Aufklärungsarbeit geleistet werden. Besonders hoch ist dem Film die absolute Sachlichkeit anzurechnen, die frei von jeder Sensationslust ist. Der bestimmende Wert des Films liegt in seiner aktiven Lebenspropaganda. Hier wird nicht nur ein schweres, an Grausigem und Aufrüttelndem überreiches Daseins- und Zeitgebiet vieler Mitmenschen in sachlich-erschütternder Kurve aufgezeichnet, sondern hier werden auch Wege gewiesen zur Befreiung, zur Genesung, zur Gesundung! Ueber dem Negativen steht das Positive. Und wenn ganz zum Schluß ein kleines gesundes Kind einen Augenblick lang . . . auf dem Bildstreifen erscheint und uns mit seinen großen, hellen Augen lachend anblickt, dann fühlen wir den alles verbindenden Lebensstrom, für den auch dieser Film ein Symbol ist und klatschen . . . begeistert und dankbar in die Hände.

Man sollte diesen Lebensfilm bis in die fernsten Winkel des Landes tragen — und keiner, kein Junge vor allem, sollte achtlos an ihm vorübergehen.

Vereinskalender.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Dienstag, den 20. April, im Zimmer 12: Herren- und Damenmaßschneiderei. — **Arbeitslosen-Versammlung** am Dienstag, den 20. April, nachmittags 2 Uhr, im Zimmer 7/8.

Deutscher Holzarbeiterverband. Betriebsräte und Vertrauensmänner! Dienstag, den 20. April, abends 7½ Uhr, im Galeriezimmer des Gewerkschaftshauses: Wichtige Sitzung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Vertrauensleute und Betriebsräte werden dringend ersucht, den Filmvortrag von Dr. Brieger „Der Mensch als Maschine“ am Donnerstag, den 22. April, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses zu besuchen. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Ausweiskarte als Vertrauensmann oder Betriebsrat werden im Verbandsbüro Eintrittskarten gratis abgegeben. — Die Mitglieder unseres Verbandes können gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Fahrräder unentgeltlich im Gewerkschaftshause abgeben.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung, Metallarbeiter! Heute, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Generalversammlung.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Dienstag, den 20. April, abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Vollversammlung der Funktionäre statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Jede Dienststelle muß vertreten sein. Ausweiskarte und Mitgliedsbuch (Buchkontrolle) berechtigen zum Eintritt.

Die Ortsverwaltung.

Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit.

Der gemischte Ausschuß für Wirtschaftskrisen, der vom Internationalen Arbeitsamt und vom Völkerbund vor mehreren Jahren gebildet worden ist, hat dem Völkerbundsrat einen Bericht vorgelegt, den dieser am 15. März 1926 bestätigte und der etwa folgendes enthält:

In früheren Berichten wurde darauf hingewiesen, welch großen Wert der Krisenausschuß darauf legt, daß die verschiedenen Staaten die erforderlichen statistischen Unterlagen beschaffen, um Meßziffern für die Produktion, die Wechselkurse, die Warenpreise und die verschiedenen auf die Finanzen bezüglichen Meßziffern aufstellen zu können. Diese Meßziffern sollen dazu dienen, eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, sei es eines bestimmten Landes oder einer Staatengruppe zu ermöglichen, oder gar als sogenannte Wirtschaftsbarometer ein Bild von dem voraussichtlichen Ablauf der Geschäftstätigkeit zu geben.

Sowohl das Internationale Arbeitsamt als auch der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes haben sich mit der Untersuchung geeigneter Methoden für die Zusammenstellung dieses Materials befaßt. In gewissen Ländern gibt es bereits Wirtschaftsbarometer, sei es zur Beurteilung und Vorausbestimmung wirtschaftlicher Bewegungen, sei es, um auf Grund der festgestellten Tatsachen oder Beobachtungen eine Angleichung der Kreditpolitik und der der Produktion und dem Handel zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel vorzunehmen. In den meisten Ländern fehlen noch regelmäßig veröffentlichte Unterlagen. Der Wirtschaftsausschuß hält es für dringend erwünscht, daß alle produzierenden Staaten sich bemühen, diese Lücken auszufüllen. Von allen Meßziffern, die geeignet sind, eine Beurteilung oder eine Prognose der Produktionsbewegungen und des Handels zu geben, ist zweifellos der Produktionsindex der wichtigste. Solange er in den verschiedenen Ländern nicht mit peinlichster Genauigkeit aufgestellt wird, ist es unmöglich, aus den Wirtschaftsbarometern verläßliche Unterlagen zu erhalten.

Der Ausschuß ist sich nicht im Zweifel darüber, daß der Produktionsindex selbst Veränderungen unterworfen ist, und daß die Produktion weiter gehen kann, auch dann, wenn die Nachfrage nachläßt. Aber in diesem Falle äußert sich die Veränderung in der Warenlagerstatistik, welche der Wirtschaftsausschuß in seinem Bericht an den Völkerbundsrat im Mai 1924 als besondere Notwendigkeit kennzeichnete.

Dank der Tätigkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom sind die landwirtschaftlichen Produktionsstatistiken in Zukunft allgemein zugänglich, so daß sich die Regierungen auf die Aufstellung der auf die industrielle Produktion bezüglichen Meßziffern und die Erfassung der Bestände an bergbaulichen und industriellen Erzeugnissen beschränken könnten.

Auf Grund dieser Betrachtungen hat der Gemischte Ausschuß folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Um die Wirtschaftskrise und insbesondere diejenigen, welche für Orientierung der Wirtschafts- und Kreditpolitik verantwortlich sind, instand zu setzen, ihre Tätigkeit auf der Grundlage vollständiger und genauer Meßziffern zu entfalten, die es ihnen gestatten, die wirtschaftlichen Schwankungen zu messen und zu beurteilen, und um andererseits die Möglichkeit zu schaffen, alle öffentlichen oder privaten Maßnahmen zur Abschwächung dieser Schwankungen auf der Grundlage eingehender Kenntnis der bestehenden Tatsachen zu ergreifen, ist es dringend erwünscht, daß die Regierungen regelmäßig in möglichst kurzen Zeiträumen statistische Unterlagen, die zur Aufstellung solcher Meßziffern geeignet sind, zusammenstellen und veröffentlichen.

2. Zu den wichtigsten Unterlagen dieser Art, die gegenwärtig in vielen Ländern noch sehr mangelhaft sind, gehören die Statistiken über industrielle Produktion, und zwar nicht nur die Statistiken, die aus den periodischen Produktionszählungen hervorgehen, sondern auch die laufenden, auf die wichtigsten Industrien bezüglichen Zahlen, die monatlich erfaßt werden müßten, um die Grundlage zu einer ununterbrochenen Reihe von Meßziffern über die Produktion abzugeben in Verbindung mit den für längere Zeitabschnitte unternommenen Erhebungen.

3. Aus diesen Gründen bittet der gemischte Ausschuß den Völkerbundsrat, die Aufmerksamkeit der verschiedenen Staaten auf die große Wichtigkeit hinzulenken, die aus den obengenannten Gründen für die Notwendigkeit der Aufstellung einer Produktionsstatistik sprechen.

4. Gleichzeitig hält es der Ausschuß, wie bereits in seinem Bericht vom Mai 1924 erwähnt, für dringend notwendig, daß die Produktionsstatistiken vervollständigt werden durch genauere Unterlagen über vorhandene Warenlager. Der Ausschuß würde es begrüßen, wenn seine Auffassung zu diesem Zwecke dem vorbereitenden Sonderausschuß für die Methoden der Statistik zugeleitet würde.

5. Der gemischte Ausschuß hält es für zweckmäßig, einen Sachverständigenausschuß zu bilden, der ein Gutachten über die wissenschaftlichen und technischen Gesichtspunkte der Meßziffern und Wirtschaftsbarometer abgeben soll, sowie über die Untersuchung der wirtschaftlichen Kriterien auf Grund der methodischen Benutzung der Meßziffern.

Gleichzeitig mit der Einführung der Methoden zur Feststellung und Vorausbestimmung wirtschaftlicher Bewegungen hält es der gemischte Ausschuß für notwendig, mit allen geeigneten Mitteln das Studium der sogenannten Wirtschaftszyklen zu verfolgen. Der gemischte Ausschuß beabsichtigt die Tatsachen, die eine bessere Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftszyklen ermöglichen und die Mittel zur Vorbeugung gegen deren Folgen zusammenzustellen.

Der gemischte Ausschuß verkennt nicht, daß unter den Elementen, welche besonders zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und übermäßigen Preisschwankungen führen, folgende zu nennen sind:

1. Die künstliche und übertriebene Aufzüchtung gewisser Industrien, die geschaffen worden sind, zur Deckung des Kriegsbedarfs und die mit einer der wirtschaftlichen Lage des Landes in Friedenszeiten entsprechenden Organisation unvereinbar sind. Weiter die durch den wirtschaftlichen Nationalismus begünstigte Schaffung gewisser Industrien, die überflüssig erscheinen, einerseits weil sie die Ueberproduktion auf dem Weltmarkte verschärfen und andererseits, weil sie weder den wirtschaftlichen Quellen noch den Traditionen, noch den Bedürfnissen des Landes entsprechen.

2. Die Verwirrung des internationalen Handels, welche durch die Uebertreibung des Zollschutzes hervorgerufen wurde. Der Ausschuß weist in diesem Punkte besonders auf die Handelstarifpraxis hin, welche einen ungewöhnlichen Stand erreicht hat und entgegen dem Gebrauch der Vorkriegszeit in Kraft gesetzt wird, bevor sie auf einen normalen Satz zurückgeführt worden ist. Weiter auf das sogenannte Ausfuhrprämiensystem, durch das der Verbraucher im Lande häufig den Verlust tragen muß, der infolge des niedrigen Angebots im Ausland erlitten wird.

3. Die Verwirung, welche sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher entsteht durch die Verschiedenheit und die Schwankungen und Steuersysteme, deren Rückwirkungen auf die Arbeit häufig nicht zu übersehen sind oder welche sich erfahrungsgemäß als Störungselemente in der Volkswirtschaft oder in gewissen Zweigen derselben auswirken.

Der gemischte Ausschuß glaubt, daß ähnliche Feststellungen sich auch der künftigen Weltwirtschaftskonferenz aufdrängen werden.

Die Frist zur Einreichung von Anträgen auf Erstattung von Lohnsteuer

aus dem Jahre 1925 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden. Bei Erstattungsanträgen für Kriegsbeschädigte ist zu beobachten, daß die Pauschalbeträge im Falle des Verdienstausfalles um den Prozentsatz derjenigen Erwerbsbeschränkung erhöht werden, welche im Jahre 1925 bestanden hatte.

Der christliche Gewerkschaftskongreß.

Dortmund, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend vormittag trat der 11. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands zum erstenmal nach sechs Jahren wieder zusammen. Stegerwald gab einen Rückblick auf die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland seit dem letzten Kongreß im Jahre 1920. Er erinnerte daran, daß nach der Ermordung Erzbergers und Rathenaus das deutsche Volk auseinanderzufallen drohte und nach dem Ruhreinbruch der Separatismus sein Haupt erhob. Damals lag die deutsche Arbeiterschaft mit gebrochenem Rückgrat am Boden. In der Zwischenzeit sind wir wieder ein erhebliches Stück vorwärtsgekommen und stehen nun vor der Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Die letzten Jahre sind an der Gewerkschaftsbewegung nicht spurlos vorübergegangen. Auch sie hat eine große Krise überstehen müssen. Die christlichen Gewerkschaften haben heute die doppelte Mitgliederzahl als vor Ausbruch des Krieges. Auf dem Essener Kongreß, schloß der Redner, ist vieles geschaffen worden; aber es bleibt noch sehr viel zu tun übrig. Die diesjährige Tagung wird, wie die Essener, weiterbauen an der inneren Befestigung und Klärung der Wirtschaftslage zur Besserung von Staat, Volk und Wirtschaft.

Der Kampf um die gerechte Entlohnung landwirtschaftlicher Arbeiter.

Kürzlich wurden in einer Pressenotiz die Löhne der landwirtschaftlichen Deputatarbeiter mit denen der Bauhilfsarbeiter, als der den Landarbeitern am meisten verwandten Arbeiterkategorie verglichen. Dabei wurde festgestellt, daß die Bauhilfsarbeiter in den Bezirken, in denen landwirtschaftliche Deputatarbeiter Stundenlöhne von etwa 35 Pf., Tagelöhne von etwa 3,50 Mark und Wochenlöhne von etwa 21 Mark verdienen, den keineswegs fürstlichen, aber doch immerhin wesentlich höheren Stundenlohn von 63—99 Pf., den Tagelohn von 5,04—7,92 Mark und den Wochenlohn von 30—47,50 Mark erhalten.

Damit nun nicht etwa eingewendet werden kann, die Bauhilfsarbeiter seien eine besonders bevorzugte Gruppe und ihre Lohnverhältnisse können als Wertmaßstab keine Verwendung finden, wollen wir nachstehend die Löhne der Ziegelei- und Steinarbeiter mit denen der landwirtschaftlichen Deputatarbeiter in Vergleich stellen. Die Löhne der Ziegeleiarbeiter sind bei dem Vergleich besonders beachtenswert, weil feststeht, daß gerade diese Arbeiter in der Hauptsache in ländlichen Bezirken zu finden sind. **Das Zahlenbild hat dieses Aussehen:**

Kreis, Provinz usw.	Gesamtstundenlohn der Deputatarbeiter	Stundenlohn der Ziegeleiarbeiter	Stundenlohn der Steinarbeiter
Kreis Königsberg (Provinz Ostpreußen)	28,65	46	62
Freistaat Mecklenburg-Schwerin	33,56	61	85
Kreise Teltow und Niederbarnim (Prov. Brandenburg)	31,70	60	70
Kreise Hannover, Linden und Springe (Provinz Hannover)	36,15	64	104
Provinz Schleswig-Holstein	34,33	70	74
Kreise Dessau und Zerbst (Freistaat Anhalt)	32,16	62	104
Kreis Eisenach, Zone III (Freistaat Thüringen)	29,94	59	104

Dieser Zahlenvergleich zeigt fast dasselbe Bild wie der mit den Löhnen der Bauhilfsarbeiter. Es ergibt sich die Tatsache, daß auch die Ziegelei- und Steinarbeiter ein ganz erheblich höheres Lohneinkommen haben wie die bestbezahltesten landwirtschaftlichen Deputatarbeiter. Allein schon bei den Ziegeleiarbeitern haben wir Bezirke, in denen fast 100 Prozent mehr an Lohn gezahlt wird.

Deshalb bleibt es bei dem damals Gesagten: Wenn etwas in der Landwirtschaft geschehen soll, dann muß es in erster Linie die Hochbringung der jetzt entsetzlich niedrigen Löhne landwirtschaftlicher Arbeiter sein. Alle anderen Dinge treten weit hinter dieser Aufgabe zurück. Erhöht man dem landwirtschaftlichen Arbeiter nicht endlich seine Löhne, treibt man ihn systematisch in die anderen Berufe und sorgt dafür, daß die Landwirtschaft um Kräfte beraubt wird, die für ihr Gedeihen von unersetzlichem Wert sind.

Stillegungen in der Oberlausitzer Schuhindustrie.

Die Krise in der Schuhindustrie der Oberlausitz scheint sich weiter zuspitzen zu wollen. Angeblich infolge der schlechten Geschäftslage und überfüllter Lager in Sommer- und Winterartikeln hat die Firma August Oppelt in Seifhennersdorf, eine der größten Schuhfabriken am Platze, die gegen 300 Arbeiter beschäftigt, ihren Betrieb stillgelegt. Die Stillegung der Firma Paul Mehlich in Seifhennersdorf steht für die nächste Woche bevor; der gesamten Belegschaft von etwa 100 Mann wurde bereits gekündigt.

Der Zentralverband der Angestellten und die Maifeier.

Uns wird mitgeteilt:

Die Nummer 85 der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ enthält folgende Mitteilung:

Die Angestellten für volle Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die Fachgruppe Handel und Industrie des Z. d. A. nahm folgenden Antrag an: Die am 7. April versammelten Vertrauensleute der Fachgruppe Handel und Industrie des Z. d. A. verlangen von der Ortsleitung, daß sie vom Ortsausschuß des Afa-Bundes fordert, alle im Afa-Bund organisierten Kollegen und Kolleginnen aufzufordern, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Darüber hinaus fordern die Vertrauensleute, daß am 1. Mai gemeinschaftlich von Afa-Bund, ADGB., SPD. und KPD. eine Demonstration veranstaltet wird unter der Losung: Für den Achtstundentag, für sofortige Durchführung des Volksentscheids, für Gewerkschaftseinheit im nationalen und internationalen Maßstab, 100prozentige Organisierung gegen imperialistische Kriegsgefahr, gegen die Luther-Regierung und Klassenjustiz. Dieser Antrag wurde bei 12 bis 15 Stimmenthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen.

Diese Notiz ist eine glatte Lüge — im übrigen nichts Ungewöhnliches bei der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Wahr ist, daß der Versammlungsleiter vorschlug, die Resolution der Ortsverwaltung als Material zu überweisen, um der Versammlung eine längere Diskussion über diesen 100prozentigen Unsinn zu ersparen. Eine Abstimmung darüber hat überhaupt nicht stattgefunden, da die Versammlung Einwendungen gegen den Vorschlag des Leiters nicht erhob. Für die Mitglieder des Z. d. A. sind allein maßgebend die bereits bekannten Richtlinien des gemeinsamen Aufrufs des ADGB. und des Afa-Bundes.

Achtung, Straßenbahner im Fahrdienst!

In der „Arbeiterzeitung“ vom 16. April befindet sich eine Notiz, worin mitgeteilt wird, daß die Breslauer Straßenbahner einheitliche Maidemonstration machen. Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der gesamten Vertrauensleute die Kollegen für diesen Tag Urlaub nachsuchen, um sich am 1. Mai zu beteiligen. Anträge sind bald zu stellen. Die Beteiligung erfolgt geschlossen und in Uniform.

Wirtschaft.

Wichtige Kleinhandelspreise.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Statistischen Korrespondenz entnimmt, kosteten in der zweiten Hälfte März d. J., im Durchschnitt für 1 Kilogr. berechnet, Roggengraubrot 35,1 (zweite Hälfte März 1925: 41,0; März 1913: 29,1) RPf., Reis 59,8 (56,4; 50,0); Weißkohl 29,1 (26,4; —), Schellfische 117,7 (131,1; 99,1), 1 Liter Vollmilch kostete 27,3 (30,1; 21,1), 1 Hühnerei 11,7 11,7; 7,9), 1 Zentner Braunkohlenbriketts 165,4 (157,6; 109,5), 1 Liter Petroleum 34,5 (33,4; 20,5) RPf.

Der Saatenstand im Reiche.

Dem vorliegenden Bericht über den Saatenstand im Reich für Anfang April ist zu entnehmen, daß die Herbstsaaten im allgemeinen den Winter gut überstanden haben. Starke Schäden weisen nur die Saaten auf, die infolge später Bestellung schwach in den Winter gingen. Im übrigen wird der Umfang der Auswinterungsschäden als nicht groß bezeichnet. Stärker machten sich Schäden durch Hochwasser und Mäuse- bezw. Insektenfraß bemerkbar. Die Begutachtungsziffern lauten, wenn 2 = gut, 3 = mittel und 4 = gering bedeutet, für Winterweizen 2,8 (gegen 2,6 April 1925), für Winterspelz 2,6 (2,7), Winterroggen 2,8 (2,5) und Wintergerste 2,7 (2,6).

Die Frankfurter Messe.

Aus Frankfurt wird uns geschrieben: Es ist mehr als selbstverständlich, daß man nach dem fast negativen Verlauf der Leipziger Frühjahrsmesse — eine Ausnahme machte in Leipzig nur die Technische Messe — der Messeveranstaltung in Frankfurt mit wenig Hoffnung entgegensah. Wenn aber Frankfurt im Gegensatz zu Kiel und Köln auf der Frühjahrsmesse bestand, so hat der Verlauf derselben dem Messeamt in gewissem Umfang Recht gegeben. Allerdings ließ die Beschickung der Frankfurter Frühjahrsmesse viel zu wünschen übrig. So waren z. B. ganze Hallen geschlossen, u. a. auch das Haus der Technik. Zurückzuführen ist der Ausfall an Ausstellern auf die Wirtschaftskrise, dann aber auch auf die Zurückhaltung bestimmter Ausstellerkreise. So sind große Teile der Technik auf Grund von Verbands- und Konventionsbeschlüssen Frankfurt ferngeblieben. Bemerkbar machte sich das besonders durch die beschränkten Darbietungen in der Technik, die weit hinter dem grandiosen Schauspiel zurückblicken, das die Leipziger Frühjahrsmesse bot.

Infolge der unbestimmten Wirtschaftslage und angesichts des Prozesses in unserer ganzen Wirtschaftsführung, der auf eine weitere Drosselung der Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten hinausläuft, wird es auch nicht überraschen, wenn viele der Aussteller nicht auf ihre Spesen gekommen sind. Andererseits hat sich aber das Geschäft immerhin besser entwickelt, als man vor der Messe anzunehmen geneigt war. So ist typisch, daß z. B. die Möbelindustrie, die seit langem unter chronischem Absatzmangel leidet, immerhin einen beachtenswerten Umsatz zu verzeichnen hatte. Auch die Schuhwarenindustrie hat erhebliche Aufträge hereingenommen, während in der Konfektion eigentlich nur die Damenkonfektion ging. Nachfrage bestand auch nach Haushaltungsartikeln und auf technisch-wirtschaftlichem Gebiet nach sogenannten Erleichterungsmaschinen, die in Haus und Küche gebraucht werden. Zugute kamen dem Geschäft vor allen Dingen der Ausfall der Messen an anderen Orten, z. B. in Köln, und die in Leipzig geübte Zurückhaltung durch die Einkäufer, die jetzt eine Auffüllung der Läger im Zwischen- und Kleinhandel notwendig machen.

Infolge der günstigen Verkehrslage Frankfurts war das Ausland — die Sowjetrussen warteten wieder mit ihrer bekannten Spezialausstellung auf — von zahlreichen Ausländern besucht. Ueber die Kauffähigkeit läßt sich aber nichts Bestimmtes sagen.

Rußlands Einkäufe in Deutschland.

Einer Verlautbarung der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion über den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Rußland entnehmen wir, daß die Handelsvertretung im ersten Halbjahr 1925/26 in Deutschland Waren im Gesamtwert von 159,2 Millionen Reichsmark einkaufte. Die Einkäufe im ersten Quartal (bis Ende Dezember 1925) betrugen allein 141,6 Millionen. Im zweiten Quartal (Januar bis April 1926) wurden auf Grund der Verordnung über Einschränkung der zu erteilenden Lizenzen nur unbedeutende Einkäufe gemacht (Wert der russischen Einkäufe in Deutschland im zweiten Quartal 17,6 Millionen Mark).

Für diese Einschränkung der russischen Einkäufe in Deutschland gibt die Handelsvertretung recht interessante Gründe an. Einmal verweist sie auf die für Rußland passive deutsch-russische Handelsbilanz; ferner auf die Höhe der deutschen Preise und auf die schweren deutschen Zahlungsbedingungen. Weiter ist nach den Angaben der Handelsvertretung bei der Einschränkung der russischen Einkäufe in Deutschland im Frühjahr 1926 zu berücksichtigen, daß in diese Zeit die Rückzahlung des 100-Millionen-Reichsmarkkredits an die Deutsche Bank fiel und die Verhandlungen über den neuen 300-Millionen-Mark-Kredit zu keinem Abschluß geführt haben, aus welchem Grunde recht bedeutende Bestellungen und Einfuhrlizenzen der Berliner Handelsvertretung von den Zentralbehörden in andere Länder geleitet wurden“.

Das französische Kapital kauft deutsche Aktien.

Die Steigerung der Aktienkurse auf den deutschen Börsen ist zum Teil eine Krisenerscheinung, insofern brachliegende Kapitalien statt als Betriebskapital in der Wirtschaft vielfach zu Aktienkäufen Verwendung finden. Sie ist aber auch auf ausländische Aktienkäufe zurückzuführen, worunter bisher vor allem Käufe seitens des amerikanischen, englischen, schwedischen und holländischen Kapitals bekannt wurden. Wie die „Börse“ nun mitteilt, betätigt sich auch das französische Kapital sehr weitgehend im Ankauf von deutschen Aktien, insbesondere von Montanwerten. Die Aktienkäufe erfolgten durch Vermittlung von Schweizer Banken, die sonst auf eigene Rechnung nur Elektropapiere und Farbenaktien zu kaufen pflegen, während sie die Aktien deutscher schwerindustrieller Unternehmungen im französischen Auftrag erwarben. Die französischen Aktienkäufe stellen eine durch die andauernde Frankenentwertung veranlaßte Kapitalflucht dar. Auch benutzen die französischen Kapitalisten die Kapitalflucht als Drohung gegen eine jede radikalere Steuerreform. Daß die über die Grenze geflüchteten Kapitalien nicht in amerikanischen, sondern in deutschen Aktien angelegt werden, findet in dem amerikanischen Aktienkurs, der allgemein auf eine Ueberwertung der amerikanischen Aktien zurückgeführt wird und auch in der Tatsache seine Begründung, daß deutsche Aktien trotz ihrer Kurserhöhung immer noch verhältnismäßig billig zu haben sind. Das französische Kapital schätzt die Gewinnaussichten der deutschen Eisen- und Stahlindustrie sehr günstig ein und rechnet damit, daß nach Stabilisierung der französischen Währung die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Eisens gegenüber dem französischen sich erhöhen wird, oder aber, daß das zu schaffende internationale Kartell große Gewinnmöglichkeiten sowohl für die französische wie auch für die deutsche Industrie in sich birgt. An sich wären die ausländischen Aktienkäufe als Zeichen der Erstarkung der internationalen Beziehungen zu begrüßen, solange sie keine Ueberfremdung herbeiführen, was bei den gegenwärtigen Aktienkäufen nicht in Frage kommt. Die französischen Kapitalisten aber, welche die Aktien kaufen, sind zu Hause deutschfeindliche Nationalisten. Die aus Gründen der Kapitalflucht von ihnen vorgenommenen deutschen Aktienkäufe rücken ihren „Patriotismus“ ins rechte Licht.

Aus Schlesien.

Starkes Bevölkerungswachstum in Schlesien.

Die letzte Veröffentlichung (im „Wirtschaft und Statistik") über die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reiche zeigt wieder einmal, wie sehr die Verhältnisse in Schlesien, und besonders in Oberschlesien, vom Durchschnitt abweichen. Verglichen sind in den drei Jahren 1913, 1924 und 1925 jedesmal die dritten Vierteljahre. Um den Vergleich verständlicher zu machen, sind Verhältnisziffern gebildet, indem die absoluten Zahlen auf 1000 Einwohner und ein volles Jahr berechnet sind.

Ueber zwei Fünftel mehr Geburten in Oberschlesien als im Durchschnitt Preußens verzeichnet das dritte Vierteljahr 1925, während es 1913 noch nicht ein Drittel mehr waren. Dabei ist die Geburtenziffer allgemein zurückgegangen: in Oberschlesien von 39,2 im Jahre 1913 auf 29,3 im Jahre 1925, in Niederschlesien von 30,7 auf 22,8, in Preußen von 29,6 auf 20,8, im Reich von 28,1 auf 20,6. Auch in Niederschlesien sind also die Geburtenziffern etwas reichlicher geworden als im übrigen Reich.

Was aber noch wertvoller ist: Auch die Sterblichkeitsziffern haben sich in Schlesien im Jahre 1925 gegenüber den von 1913 mehr gesenkt als im übrigen Reich, der große Abstand der Vorkriegszeit hat sich vermindert.

Auf 1000 Einwohner und ein Jahr berechnet starben

	im dritten Vierteljahr		
	1913	1924	1925
in Niederschlesien	19,7	14,8	13,8
„ Oberschlesien	20,6	14,4	14,0
„ Preußen	16,5	11,9	11,6
im Reich	16,1	11,4	11,6

In Niederschlesien war also die Sterbeziffer 1913 um 30 Prozent höher als im Reich, 1925 aber nur um 16 Prozent höher. In Oberschlesien war der Abstand: 1913 28 Prozent und 1925 nur 22 Prozent.

Aus den beiden für die Bevölkerungsbewegung beeinflussenden Veränderungen in Schlesien resultiert eine bedeutende Erhöhung des Geburtenüberschusses. Niederschlesien, dessen Geburtenüberschuß 1913 mit 11,6 noch unter dem Durchschnitt in Preußen (mit 14,1) und im Reich (mit 13,0) stand, übertrifft 1925 mit 9,5 sowohl den Durchschnitt in Preußen (9,2) wie den im Reich (9,0). Oberschlesien hatte 1913 einen Geburtenüberschuß von 18,6, das waren 32 Prozent mehr als in Preußen und 43 Prozent mehr als im Reich; 1925 aber betrug der Durchschnitt in Oberschlesien 15,3, das sind 66 Prozent mehr als in Preußen und 70 Prozent mehr als im Reich (gegenüber dem preußischen Durchschnitt, der doch auch schon wie der des Reiches durch die hohen Zahlen Oberschlesiens erhöht ist, also eine Verdoppelung).

Der starke Geburtenüberschuß ist im übrigen nicht etwa eine Folge besonderer Heiratslust in Schlesien, jedenfalls entsprach die Eheschließungshäufigkeit in Schlesien 1913 wie 1924 dem Durchschnitt. Im Jahre 1925 steht sie sogar in beiden schlesischen Provinzen mit 7,0 in Niederschlesien und 6,4 in Oberschlesien etwas unter dem Durchschnitt Preußens (7,4) und des Reichs (7,8).

Am Gesamtresultat befriedigt besonders der Rückgang der Sterblichkeitsziffer in Schlesien und hier wieder bei den im ersten Lebensjahre Gestorbenen, der vor allem in Niederschlesien von 1924 bis 1925 ausnahmsweise groß war.

Zum Ergebnis des Volksbegehrens in Schlesien.

Von den schlesischen Wahlkreisen stehen nach dem Anteil der gültigen Eintragungen für das Volksbegehren an der Zahl der Stimmberechtigten Liegnitz und Breslau über, Oppeln unter dem Durchschnitt der 35 Wahlkreise und zwar nehmen Liegnitz die 14., Breslau die 18. und Oppeln die 30. Stelle. Der Bezirk Breslau ist allerdings höher einzureihen, da hier die Zahl der Stimmberechtigten in Wirklichkeit niedriger sein muß als amtlich angenommen wird.

Vergleicht man dagegen das prozentuale Verhältnis der Eintragungen zu der Zahl der am 7. 12. 1924 abgegebenen Stimmen der SPD., USPD. und KPD., so steht Bezirk Oppeln an 6., Bezirk Liegnitz an 18. und Bezirk Breslau an 21. Stelle im Reich.

Die Schaffung Groß-Waldenburgs.

Im Waldenburger Rathaus fand gestern unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Jaenicke eine Besprechung über Schaffung Groß-Waldenburgs mit den Vertretern der im Straßenbahnnetz liegenden Gemeinden statt. Zugegen war ferner von der Regierung Oberregierungsrat Göler, der Landrat des Kreises Waldenburg Franz und der Oberbürgermeister der Stadt Waldenburg Dr. Wieszner. Die Besprechung trug rein informatorischen Charakter. Die Vertreter der einzelnen Gemeinden nahmen nach den einleitenden Ausführungen des Regierungspräsidenten Stellung zur Eingemeindung. Das Ergebnis der Aussprache ist folgendes:

1. Die Stellung der Staatsregierung zur Schaffung Groß-Waldenburg ist dahingehend geklärt, daß eine Vergewaltigung gegenüber den einzugemeindenden Gemeinden nicht stattfindet.

2. Grundsätzliche Bedenken zur Schaffung Groß-Waldenburgs wurden nicht geäußert, nur hinsichtlich des Umfanges und des Zeitpunktes der Eingemeindung waren die Ansichten verschieden. Es wurde beschlossen, zunächst die Finanzlage der Stadt Waldenburg sowie der in Frage kommenden Gemeinden durch die Regierung zu prüfen und dann sollen die Gemeinden nochmals Stellung nehmen, ob sie eine Eingemeindung befürworten.

In Aussicht genommen ist eine Sitzung in derselben Zusammensetzung in den letzten Tagen des Monats Mai. In dieser Sitzung wird die Frage der Verschmelzung eine weitere Klärung erfahren und dürfte man wieder einen Schritt vorwärts für die Schaffung einer Großstadt Waldenburg gekommen sein.

Eine Landwirtschaftskammer für Oberschlesien.

Das Staatsministerium hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, dem Staatsrat den Entwurf einer Verordnung zur Aenderung übermittelt, wonach für die Provinz Oberschlesien eine besondere Landwirtschaftskammer errichtet werden soll. Das Verfahren für die Auseinandersetzung der neuen Landwirtschaftskammer, die in Oppeln ihren Sitz haben soll, mit der bisher für ihr Gebiet zuständigen Landwirtschaftskammer in Breslau soll, falls nicht zwischen den beiden Landwirtschaftskammer eine freie Vereinbarung zustande kommt, durch besonderes Gesetz geregelt werden.

Es soll versucht werden, die Auseinandersetzung zwischen der alten und der neuen Kammer auf dem Wege freier Vereinbarung herbeizuführen. Dabei werde sich voraussichtlich ergeben, daß die großen Institute der bisherigen gemeinsamen Kammer aus finanziellen Gründen auch künftig für beide Provinzen einheitlich erhalten werden müssen. Notigenfalls bleibt eine gesetzliche Regelung vorbehalten.

Trautmann will entschädigt werden.

Wie mitgeteilt, war im Jahre 1911 der [illegible] Trautmann aus [illegible] bei Münsterberg vom Schwurgericht in Glatz wegen Totschlages, begangen an der [illegible] [illegible] zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er auch verbüßt hat. Es stellte sich nachher heraus, daß als Täter nicht Trautmann, sondern der Münsterberger [illegible] Denke in Frage kommen konnte. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde Trautmann deshalb freigesprochen. Der [illegible] Trautmann fordert nunmehr eine Entschädigung des Trautmann für unschuldig verbüßte Strafe. Er hat die Entschädigung auf 30 000 Mark berechnet. Der Fiskus will diese Summe nicht zahlen, weil sie ihm zu hoch erscheint. [illegible]

Waldenburg. Die neue Empfangshalle des Hauptbahnhofes Walde-Burg-Altwasser ist nunmehr dem Verkehr übergeben worden. Die Halle, die einen Kuppelbau darstellt, hebt sich sehr vorteilhaft von der Umgebung ab. Mit dem Bau der Empfangshalle sind die Erweiterungsbauten des Bahnhofs noch nicht abgeschlossen, denn auch das alte Bahnhofsgebäude wird nunmehr durch einen Um- und Erweiterungsbau den neuzeitlichen Verkehrsverhältnissen angepaßt.

Waldenburg. Vom Förderkorb zerquetscht. Der 31jährige in der 8. Abteilung der Gustavgrube in Gottesberg beschäftigte Bergmann Paul Poser wurde, als er gegen 5 Uhr morgens mit Instandsetzungsarbeiten der Signalleitung beschäftigt war, von dem Förderkorbe derartig zusammengequetscht, daß er einen schweren Schädelbruch und erhebliche Brustkorbverletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde sofort dem Knappschaftslazarett überwiesen, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb.

Waldenburg. Die Erweiterung des Straßenbahnnetzes, die vor kurzem im hiesigen Stadtparlament beschlossen wurde, und durch die eine Verbindung zwischen dem Ring in der Altstadt über die Neustadt nach dem Ausgang des Ortsteiles Altwasser darstellt, wird in der kommenden Woche in Angriff genommen werden. Mit der Ausführung der Erdarbeiten ist die Firma Franke und Lüderitz beauftragt worden. Bei dem Bau werden eine größere Anzahl Erwerbslose beschäftigt werden können.

Waldenburg. Zum Waldenburger Stadtbankskandal. Wie erinnerlich sein dürfte, hatten die Verurteilten im Stadtbankprozeß, Direktor Rühle, Prokurist Schlüter und der Geldvermittler Püttmann aus Hannover Berufung gegen das vom Schöffengericht Waldenburg ergangene Urteil eingelegt. Die Berufungsverhandlung in Schweidnitz soll nun am 8. Juni vor der großen Strafkammer beginnen und dürfte ebenfalls wieder mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Die Berufungsschrift umfaßt rund 500 Schreibmaschinenseiten im Aktenformat.

Gottesberg. Ein neues Jugendheim ist von der Stadt durch den Ausbau des früheren Jochmannschen Anwesens in Kohlau geschaffen worden. Der Bau ist bis auf einige kleinere Innen- und Außenarbeiten nunmehr ziemlich fertiggestellt. Er enthält neben einem Aufenthalts- und Versammlungsraum noch Küche und Schlafgelegenheit für ungefähr 40 Personen.

Landeshut. Unterschlagungen. Der Kassenführer des Bahnhofes, der Bahnbeamte Hermann R. aus Breslau, hat sich Unterschlagungen in Höhe von 1800 Mark zuschulden kommen lassen. Vor Gericht gab er an, daß in der Kasse ohne sein Verschulden ein Manko von 2000 Mark eingetreten sei, das er dann durch Buch- und Quittungsfälschungen zu verdecken gesucht habe. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen seiner Jugend und Unbescholtenheit wurde ihm aber Strafaussetzung zugebilligt. — Der bei der Firma Hesse, Liebau, beschäftigte Lohnbuchhalter Richard H. wurde wegen Unterschlagung von 2500 Mark zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Sandau. Eine sonderbare Mißgeburt hat die Ziege des Hausbesitzers Emil H. von hier zu Tage gefördert. Neben einem gesunden munteren Zickel brachte die Ziege ein Tierchen zur Welt, das nur den Beinen nach das Aussehen einer Ziege hatte, Kopf und Körperbau glichen dem eines Hundes, ebenso trug es ein glattes, schwarzes Fellchen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte diese Mißgeburt auf einen Schreck zurückzuführen sein.

Oppeln. Errichtung einer Minderheitsschule. In Groß-Döbern ist jetzt eine Minderheitsschule errichtet worden, in der gegenwärtig 36 Kinder unterrichtet werden. Als Lehrer ist Lehrer Twog, bisher in Alt-Poppelau, berufen worden. Es hat sich in fast allen Orten des Landkreises Oppeln gezeigt, daß da, wo Minderheitsschulen errichtet worden sind, die Eltern ihre Kinder schon nach kurzer Zeit wieder in eine deutsche Schule schickten.

Ratibor. Erwerbslosendemonstration. Etwa 200 Frauen von Arbeitslosen versammelten sich vor dem Kaulschen Garten auf der Flurstraße und zogen dann nach dem Ring, wo sie vor dem Rathaus Halt machten. Hier wurde eine Abordnung zum Bürgermeister geschickt, die dort ihre Forderungen überbrachte. Als die Abordnung zurückgekehrt war, löste sich der Zug ohne jeden Zwischenfall wieder auf.

Gleiwitz. Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. Unter dem Vorsitz des Schlichters, Oberregierungsrat Dr. Brandes, fanden hier Lohnverhandlungen statt. Die Forderungen der Metallarbeiterverbände waren: eine 15prozentige Lohnerhöhung und einen Lohnausgleich für diejenigen Arbeiter, die ab 1. Januar dieses Jahres acht Stunden arbeiten. Aus wirtschaftlichen Gründen sind diese Verhandlungen bereits einigemal vertagt worden. In der Verhandlung begründete Gewerkschaftssekretär Karger vom Deutschen Metallarbeiterverband im Auftrage der übrigen Verbände die Forderungen. Er wies besonders auf die schlechte Bezahlung der unteren Gruppen hin. Die Löhne für die Handwerker und Qualitätsarbeiter stehen weit unter denen in den anderen Bezirken. Es besteht bei ansteigender Konjunktur die Gefahr, daß diese Leute abwandern, da ihnen nicht zugemutet werden kann, für 48 Pf. Stundenlohn zu arbeiten. Für die Hochofenarbeiter müsse eine Ausgleichszulage geschaffen werden, da eine bedeutende Verdienstverminderung seit 1. Januar eingetreten ist.

Eine Einigung wurde nicht erzielt. Als der Schlichter eine Schlichterkammer bilden wollte, erklärten die Arbeitgeber, daß ein Teil der Werke keine Vertreter entsandt habe und sie nicht allein die Verantwortung tragen wollen. Sie baten um Vertagung. Der Schlichter gab diesem Antrag statt und vertagte die Verhandlung bis Mitte nächster Woche. Da sich in den letzten Wochen eine Steigerung der Preise für Bedarfsartikel bemerkbar gemacht hat, ist zu hoffen, daß die Löhne der Eisenhütten, die ohnehin schon verbesserungsbedürftig waren, ein Aufbesserung erfahren.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Beschlüsse des Neumarkter Kreistages.

Die Anschaffung eines zweiten Kreisautos findet trotz allem nur erdenklichen Begründungseifer durch Landrat und Kreisbaurat keine Mehrheit; man konnte nicht einsehen, daß die Anschaffung der praktischen Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit usw. entspräche. Abg. Nawroth (Soz.) vertrat die Auffassung, daß das Baumt erst einmal beweisen soll, daß es durch eigene Wagen Ersparnisse mache. Der Vertreter der Großgrundbesitzer, v. Schiller (Gobeling), der sonst bei jeder Wohlfahrtsausgabe ein Wort zu sagen hat, zeigte sich in diesem Fall äußerst nobel, willigte ein, weil die Anschaffung den Kreis nichts koste. (?) Landrat wie Kreisbaurat erklären, daß den Kosten genügend Mittel aus den Ueberschüssen der Ueberlandzentrale zur Verfügung stehen. Abg. Keil (Stadtv.-Vorsteher in Neumarkt) tritt, wie bei Abbruch von Häuschen, auch hier als Preisverbilliger auf und macht ein um 5000 Mark niedrigeres Angebot. Zwischen Mehrheitsparteien und Kreisbaurat, der lange sein Dienstauto entschwinden sieht, kommt es zu scharfen Zusammenstößen, die dazu führen, daß der Kreisbaurat um Verzeihung bittet, aus der Rolle gefallen zu sein. Mit 8 zu 13 Stimmen wurde die Autoanschaffung abgelehnt. (Wie kommt es, daß bei derartigen Ausgabeposten immer die Ueberschüsse der Ueberlandzentrale zur Verwendung gelangen? Wegen was werden solche Mittel nicht für die auf Aufwertung wartenden Sparer, Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentner angewandt? Zur Stillung der Not letzterer Kreise ist nichts übrig. Wir werden allen Beteiligten jetzt einmal sagen, wenn es gilt, Not zu stillen, wo Ueberschüsse herzunehmen sind.) — Die Aufnahme einer Anleihe zur Unterstützung von Brückenbauten mit 36 500 Mark fand Bewilligung. — Der Kreishaushaltsplan wurde mit geringen Aenderungen angenommen; er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 044 000 Mark ab. — Als Notstandsarbeit wird die [illegible] in Angriff genommen. Es wurde nach langer Debatte beschlossen, die Verteilung der Steuern nach einem Zonensystem vorzunehmen und die Städte des Kreises mit 25 Prozent zu den Chausseelasten heranzuziehen. Diese Regelung entspricht dem Antrage von SPD., Zentrum und Bauernbund und fand mit 11 gegen 7 Stimmen Annahme. — Ueber die Festsetzung des Maßstabes der aufzubringenden Kreissteuern entwickelte sich eine lange Debatte und die Vertreter des Großgrundbesitzes setzten alle Hebel in Bewegung, damit ihr Portemonnaie nicht zu sehr in Anspruch genommen wird. Die Anträge des Kreisausschusses sowie des Abg. v. Schiller fanden Ablehnung, wohingegen der Antrag des Abg. Neugebauer, 25 Prozent den Städten, 75 Prozent den Landgemeinden aufzuerlegen, angenommen wurde. (Der nächste Kreistag dürfte sich mit dieser Materie nochmals befassen.) — Alsdann beschloß der Kreistag, den Antrag des Zentrums (unter Zustimmung der SPD.), den Posten des Kreissyndikus Dr. Fridrich und des Kreisbaurats Uber abzubauen, in geheimer Sitzung zu beraten. Wie wir hören, soll die „Unabkömmlichkeit" beider Beamten nachgewiesen worden sein. Mag der Antrag als zurückgezogen gelten, so ist zumindest zu gegebener Zeit aus Ersparnisgründen dem Abbau näher zu treten. — Beim Titel Wohlfahrtsamt gab es reichlich Gelegenheit zur Kritik. — Nach achtstündiger Dauer wurde der sehr oft scharf geführte Kreistag geschlossen.

Ottaschin. Der schimpfende Inspektor. Daß ein Ackerschaffer gut schimpfen kann, kann man auf Grund seiner Erziehung verstehen, daß aber ein Direktor und der Inspektor, beide Vorstände des Schottländergutes Wessig, imstande sind, ihre Arbeiter mit „Reichsidioten", die „die Sonne verbrennen" muß, und die das andere mal nicht wert sind, daß sie „die Sonne bescheint", beglückwünscht, kann man nicht begreifen, da ja diese Herren höhere Schulbildung genossen haben! In Wessig scheint die Peitsche näher zu liegen als das Brot. Der Sohn eines anderen Arbeiters, der mit noch zwei jungen Leuten auf dem Schüttboden beschäftigt war, wurde vor 14 Tagen vom Inspektor Pollock mit Ohrfeigen traktiert. Dieser Pollock ist noch dazu orts- und landfremd, denn er beherrscht die deutsche Sprache äußerst mangelhaft. Ein dritter Arbeiter kommt zum Inspektor, um für seinen Sohn etwas mehr Lohn zu erbitten. Die Antwort lautete: „Gehen Sie nach Breslau auf die Margaretenstraße, Da wird etwas übrig sein von der Fürstenabfindung." Landarbeiter, merkt ihr, was gespielt wird? Hinein mit euch in den Deutschen Landarbeiterverband! Hinein mit euch in die Partei des arbeitenden Volkes, das ist die Sozialdemokratische Partei!

Schmolz. SPD. Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, treffen sich alle Vorstandsmitglieder bei Gen. Maskus. Unbedingtes Erscheinen ist notwendig.

Lobe-Theater.

Sonntag-Matinee im Lobe-Theater.

Romain Rolland, ein französischer Dichter, der sich während des Krieges über den blinden Deutschenhaß in Frankreich erhob und dafür mancherlei erdulden mußte, hat ein Revolutionsstück geschrieben: „Ein Spiel von Tod und Liebe". Das Stück spielt im März 1794, zur Zeit von Robespierres Schreckensherrschaft, im Hause eines republikanischen Bürgers, des Jerôme Courvoisier, Mitglied des Konvents. Seine junge Frau, Sophie, liebt einen jungen geächteten Girondisten Vallée. Die Freundinnen und Freunde, die bei ihr sind, lesen vor, er sei tot gefunden worden. Da kommt er selbst, abgerissen, verhetzt, fiebrig, getrieben von seiner Leidenschaft, zu Sophie. Sie bekennen einander ihre Liebe. Courvoisier kommt nach Hause. Er erfährt von der Liebe zwischen Vallée und seiner Frau und resigniert. Aber er und Sophie sind in Gefahr: Er hat im Konvent nicht für Dantons Tod gestimmt, und es ist bereits verraten, daß ein Geächteter sich in seinem Hause aufhält. Man hält bei ihm Haussuchung, findet aber den versteckten Vallée nicht, wohl aber Akten, die Courvoisier belasten. In letzter Stunde erscheint Carnot, Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, und drängt Courvoisier zwei Pässe auf, die ihm und seiner Frau die Flucht ermöglichen. Courvoisier will sterben. Er gibt die Pässe seiner Frau und Vallée. Da besinnt sich Sophie, vernichtet ihren Paß und gibt den zweiten Vallée, der plötzlich, wieder von Lebensgier befallen, ihn nimmt und geht. Sophie erwartet, tief beruhigt, an der Seite ihres Mannes, den sie achtet und liebt, den Tod. Das Stück ist nicht ganz stark; es ist auch nicht ganz durchblutet von Leben — wie schon die unlebendig-konstruierte Sprache beweist —, aber es ist ungemein vornehm und zeugt von zarter, sauberer Gesinnung. Es verspricht ein großer Erfolg zu werden. Eine sehr geschickte Inszenierung (Carl Behr) hatte durch Streichungen und lebendige Darstellung dafür gesorgt, daß der Papierton, der gelegentlich vorherrscht, von dem dramatischen Klang fast immer übertönt wurde. Im Anfang war etwas zuviel gestrichen. Die Freundinnen Lodoiska (Trude Wessely) und Chloris (Hertha Pauli), die Freunde Horaz Bouchet (Karl Ferber) und Denis Bayot (Julius Arnfeld) konnten mit den wenigen Worten, die ihnen geblieben waren, die Atmosphäre nicht recht herstellen, obwohl Trude Wessely ihre Rolle individuell gestaltet und gut gearbeitet hatte. Auch konnte Frau Sophie (Eva Fiebig) sich in der kurzen Zeit nicht wesentlich von ihren zerfahrenen Freundinnen als die besonnene, tiefe, reife Frau abheben, die sie sein soll. Man sprach zu Anfang viel aneinander vorbei. Erst in dem Moment, da Vallée erschien, entstand wirkliches Leben. Dieser Vallée ist die beste Rolle, die Franz Lederer je gegeben hat. Bisher war er ein liebenswürdiger und begabter jugendlicher Liebhaber; als Vallée ist er wirklich bedeutend und stark. Scheu, Geducktheit, trotzige Lebensgier des Gehetzten und der fiebrige Durst, mit dem er den Anblick der geliebten Frau eintrinkt, waren erschütternde Wirklichkeit geworden. Vielleicht gelingt es ihm künftighin, etwas deutlicher zu sprechen. Frau Sophie war von Eva Fiebig zu flach angelegt. Sie gab statt einer gefaßten, wesenstiefen, schwer bewegten, aber bis in die Tiefe getroffenen Frau, eine nervös aufgeregte, leicht verzerrte und hilflose. Es fehlte an Tiefgang. Walter Gynt gab einen etwas zu jungen Courvoisier. Rolland hat ihn sich gewiß älter vorgestellt. Er deklamierte seine Konvent-Erzählung etwas zu jugendlich und war auch im Verzichten zu jung. Aber so wie er die Rolle nun einmal gab, war sie ein wohldurchdachtes und erfreuliches Ganzes. Zum Schluß seien noch Werner Rafael (als Carnot) erwähnt, der sich mit Erfolg bemühte, mit seiner total unsprechbaren Rolle fertig zu werden, und Oskar Nitschke, der Crapart angemessen verkörperte. Als persönliche Bemerkung füge ich hinzu, daß ich dem Theater dankbar wäre, wenn es die Kritikerplätze nicht an das Publikum verkaufte.

M. Bruns.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.

Die Redaktion.

Die Aufseherin.

In der Kartonnagenfabrik Kletschkaustraße 38 ist eine Aufseherin, wie sie nicht sein soll, beschäftigt. Es handelt sich um eine Frau K., deren Mann selbst arbeitslos ist. Sie bringt Frauen und Mädchen, die 17, 28 und mehr Jahre bei der Firma sind, um ihr tägliches Brot, wenn sie eine geringe Lohnzulage wünschen. Sie selbst interessiert sich sehr für den Handel mit Schokolade und anderen Süßigkeiten sowie Schuhen, die sie unter dem Personal abzusetzen sucht, und erhöht wohl dadurch ihr Wocheneinkommen von 35 Mark noch etwas. Wer aber mit seinem geringen Lohn nicht auskommt und mehr haben will, kommt durch sie hinaus. Dabei war Frau K. doch vor zwei Jahren selbst noch Arbeiterin bei einer anderen Firma und hat in ihrer jetzigen Stellung erst von den langbeschäftigten Arbeiterinnen das Nötige lernen müssen. Mehrere Entlassene.